

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Einzelgenpreis die 6 gepalt. Colonelzelle für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Aufrichtigkeit!

Wie verberbt und betrügerisch ist der Mensch, der da spricht: ich bin entschlossen, aufrichtig mit dir umzugehen! Wozu das, o Mensch! Es ist unnötig, das erst zu sagen; es muß auf der Stelle sich zeigen; schon auf deiner Stirne muß diese Versicherung geschrieben stehen.

Marc Aurel.

Nicht wahr, du vertraust der Goldmünze, die sich dir als ein echtes Prägebild präsentiert! Wie freut dich ihr Glanz, mit dem sie dir ihren Wert ankündigt, und mit welcher Sorgfalt bewahrst du sie, deren Inhalt dir so viel Schönes verheißt. Aber was wirst du sagen, wenn man dir eröffnet, daß es eine falsche Münze ist, daß ihr äußerer Glanz, mit dem sie dich getäuscht, nur Schein und Lüge ist? In bitterer Enttäuschung wirst du sie in deinem heißen Grimme in das tiefste Wasser schleudern.

Kennst du sie, die falschen Münzen, die vorgeben, aufrichtig gegen dich zu sein, die mit schönen Worten dir nahen und innen ein Grab voll Trug und Fäulnis sind. Der Beschumpene ist es, der dich von deiner Gattin lockt, dich der Familie entfremdet, dir die Arbeit verleidet. Er will einmal „aufrichtig“ gegen dich sein und dir die Augen öffnen, daß du lebend wirst und dein „Glück“ findest. Kennst du dieses falsche Gesicht, siehst du hinter der Freundschaftsgecke das Mördergrab? Dort in ihrer Versammlung reden sie, die „einzigen Aufrichtigen“ gegen dich. Sie wollen einmal ehrlich gegen dich sein und dir der Gesellschaft wahres Treiben zeigen, und daß du so tief getrennt bist, auf daß du lebend werdest. Sie wollen einmal „aufrichtig“ gegen dich sein und dir zeigen, was es mit dem Glauben deiner Väter auf sich hat, auf daß du wissend werdest. Hörst du die gleichnerische Sprache dieser Schlangen? Willst du diesen falschen Münzen vertrauen?

Aufrichtigkeit suchst du? — Sie schreit nicht über die Straße: „Hier bin ich!“ Ihr heiliges „Näch“ ist in der Stille. Wo man sie ausströmmelt, wirst du sie vergeblich suchen. Hast du einen Freund, der in Bedrängnis dir treu zur Seite gestanden, so lies ihm auf der Stirne, fühle es am Druck der Hand, daß er es aufrichtig meint. Hast du eine treue Gattin, die sorgende Mutter deiner Kinder, so sieh ihr in die Augen; dort steht es geschrieben, daß sie aufrichtig dir ergeben ist.

Sei auch du stets aufrichtig durch die Tat, daß man diesen Seelenadel auf deinem Antlitz geschrieben finde.

„Graue Wirtschaftsforscher“ und Sozialpolitik.

Sie nennen sich mit Vorliebe die Grauen, die Vertreter der „neuen Richtung“ in der Volkswirtschaftslehre. Sie wollen die Vorgänge innerhalb des Wirtschaftslebens genau beobachten, sie messen und wägen, um so das ganze volkswirtschaftliche Getriebe in streng mathematische Formeln und Regeln zu bringen. Dagegen wäre ja nun an sich nichts einzuwenden. Aber — sonderbar, so oft sich noch einer der Neuerer hat vernehmen lassen, kam das Neue an der „neuen Richtung“ nur in der Hervorhebung des Gegensatzes zu den Vertretern der älteren Schule (Adolf Wagner, Schmoller, Brentano) zum Ausdruck, deren Wirken sich in den letzten Jahrzehnten als so außerordentlich fruchtbar für den Fortgang der Sozialpolitik erwiesen hat. Worin die Herren eigentlich das Graue an ihrer Forschungsmethode erblicken, bleibt jedem, der ihnen zuhört, ein Rätsel. Denn was sie da zur Begründung ihrer neuen Ansichten vorbringen, das ist nicht ein streng wissenschaftliches Gegeneinanderabwägen von Gründen und Gegenständen, sondern es ist die einseitigste Anhäufung aller Bedenken und Mißbräuche, die sich gegen die Sozialpolitik ins Feld führen lassen. Man gewinnt unwillkürlich den Eindruck, als hielten die Herren es für die Aufgabe der Volkswirtschaftslehre, die allen sozialpolitischen Maßnahmen abholde Stellungnahme des Herrenmenschen- und Scharfmachertums „wissenschaftlich“ zu verteidigen.

So kam es denn, daß einer dieser Grauen die hohe Ehre hatte, vor den Gewaltigen der Großindustrie über die Zukunft der Sozialpolitik reden zu dürfen. Professor Bernhard Berlin behandelte dieses Thema auf der diesjährigen Hauptversammlung des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute am 24. März in Düsseldorf — und zwar ganz zur Zufriedenheit der hohen Herren. Wie konnte es auch anders sein. Schon gleich zu Beginn wies der Herr Professor hin auf die verderblichen Lehren „der Andern“, der „Rathesozialisten“, deren Folgen man ja in den Fabriken verspüre. Die Hochmögenden Herren verstanden den Wink: „Wir“ machen euch keine Schwierigkeiten wie „die Andern“; was ihr Herren Großindustriellen auch immer in eurem Interesse für gut befinden möget, „wir“ sind bereit, es wissenschaftlich als volkswirtschaftliche Notwendigkeit nachzuweisen. Und nun ging's der deutschen Sozialpolitik an den Kraken. In Deutschland habe man seit 40 Jahren in der Sozialpoli-

tit nur in einer Richtung gewirkt, ohne die Neben- und Rückwirkungen solcher Sozialpolitik zu bedenken. Die Nebenfolgen könnten aber nicht mehr totgeschwiegen werden, sie würden in Zukunft die Sozialpolitik wesentlich beherrschen. Selbst in den Kreisen, die sich vorzugsweise der Förderung der Sozialpolitik widmen, sei man an der Entwicklung irre geworden.

Es sind aber auch haarsträubende Dinge, die der Herr Professor da mit Hilfe der „graun“ Forschungsmethode aufs Tapet gefördert hat. Doch hören wir. Die Arbeiterversicherung taugt nichts; sie ist die Ursache einer neuen Krankheit, der „Renten-Hysterie“, welche sich schon zu einer Massenerscheinung bedenklicher Art ausgewachsen habe. Nach dem übereinstimmenden Urteil der Ärzte (sehr „graun“ ausgedrückt. D. R.) sei nicht daran zu zweifeln, daß daran die bei uns beliebte Handhabung der sozialen Gesetze die Hauptschuld trage. Mit welchen Einseitigkeiten und Verallgemeinerungen der Redner gegen die deutsche Sozialpolitik zu Felde zog, zeigen uns folgende Ausführungen, die wir einem ausführlichen Bericht der Tagespresse entnehmen:

Im Parlament rufe das Kapitel Reichsversicherungsamt immer ein Bettrennen der Parteien hervor. Ein solches Bettrennen habe man auch dem Auslande gegenüber veranstaltet. Als Beispiel führte der Redner folgendes an: Ein Genesungshaus für Arbeiter, wofür ein Aufwand von 500 000 Mk. vorgesehen war, habe schließlich 2 700 000 Mk. gekostet; bei der Einweihung sei gerühmt worden, daß der Badesaal römischen Marmern nachgebildet sei; die Regalbahn habe, um die Nerven zu schonen, 18 000 Mk. gekostet; daneben waren aber vier Orchesterions (wohl auch — wegen der Nerven) beschafft worden, von denen jedes 12 000 Mk. kostete. Solches Vorgehen wecke den Wunsch nach Dauerkur, nach Elektrisieren, das jahrelang dauern sollte usw.; überhaupt die zur Mode gewordenen „Intensivbehandlung“, welche nach einstimmiger Meinung der Ärzte schädlich sei, weil durch sie die Krankheiten erst gelichtet würden. So entstanden neue Gewohnheiten und eine neue Moral. In deutschen Landen sei es bisher männlich gewesen, sich nicht durch die Härten des Lebens zu Boden werfen zu lassen. Solche guten Charaktereigenschaften fänden sich auch heute noch unter den Arbeitern, aber sie seien doch bedroht.

Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, der sich als so segensreich erwiesen habe, seien heute ebenfalls Entartungen erkennbar, da vieles, was aus dem Empfinden sozialer Gerechtigkeit entstanden sei, jetzt aus Furcht vor den Massen übertrieben werde. Jeder, der von Arbeiterschutz rede, müsse davon gewiß mit Achtung und Zurückhaltung sprechen. Vor etwa 80 Jahren arbeiteten sogar Kinder von sieben Jahren in den Bergwerken Rheinlands. Damals begann dann der Arbeiterschutz; der Schutz der Jugendlichen sei überhaupt ein Ehrentitel der deutschen Sozialpolitik. Dennoch, wenn es auch undankbar sei, erscheine es als notwendig, Grenzen anzugeben, wo aus Vernunft Unsinn werden könne. Nach der Ansicht des Redners sei eine vorsichtig geordnete Nachtarbeit der Jugendlichen in Walzwerken mit ununterbrochenem Feuer notwendig, weil nur dann die Jugend in die Gruppe der bestbezahlten Arbeiter hinaufsteigen könne; das wisse und sage auch die Familie der Arbeiter. Ueberzeit in der Arbeit sei keineswegs gleichbedeutend mit Ueberbürdung; es sei notwendig wegen der für den technischen Betrieb immer wiederkehrenden Ueberraschungen des Tages und der Jahreszeit. Auch die Forderungen wegen der Arbeitspausen würden übertrieben.

Schließlich brachte der Redner dann noch sein Wissen über die Arbeiterorganisationen vor. Die sind nach der Meinung der „Grauen“ natürlich auch entartet. Die christliche Gewerkschaftsbewegung scheint der Herr überhaupt nicht zu kennen, sonst hätte er nicht so allgemein hin draußlos „lehren“ können, anarchistische Methoden, wie Terrorismus und Sabotage und die Lehre von der passiven Resistenz würden in der deutschen Gewerkschaftsbewegung als Kampfmittel gepredigt, um die Regierung für die Arbeiterforderungen gefügig zu machen. Aber der Herr Professor wollte ja den Beweis für die volkswirtschaftliche Notwendigkeit der Scharfmacherforderung „Schutz den Arbeitswilligen“ erbringen; darum mußte er als „graun Wirtschaftsforscher“ nicht nur zu einseitigen Uebertreibungen greifen, sondern sogar die Entartung ausländischer Gewerkschaften der deutschen Gewerkschaftsbewegung schlechthin an die Rockschöße — forschen.

Das zeigt zur Genüge, wie die „neue Richtung“ in der Nationalökonomie — ebenso wie die Dr. Tille, Bued und Genossen — sturpesslos über Bewegungen den Stab bricht, die nicht in ihre Theorie passen. Wenn die Vertreter dieser „neuen Richtung“ sich alle in den Gedankengängen des Herrn Professor Bernhard bewegen, dann wissen wir Arbeiter, was wir von ihr zu erwarten haben. Objektiv war die Argumentierung Bernhards in Düsseldorf nicht und darum sollten die Herren doch lieber gerade heraus bekennen, daß sie die Wissenschaftler der Industrieergewaltigen sein wollen.

Sedenfalls haben wir christlichen Gewerkschaftler nicht erst auf die „Grauen“ gewartet, um die Bedeutung der Industrie für unsere Volkswirtschaft einsehen und wirksamen zu lernen. Wir wußten es, daß unsere Industrie Bewegungsfreiheit haben muß, um sich entwickeln zu können. Aber daß dies auf Kosten von Leben, Gesundheit und Lebensfreude des Arbeiterstandes geschehen muß, das werden wir allen Scheinargumenten der „Grauen“ gegenüber nach wie vor bestritten. Wenn aber ein Nationalökonom gar die Nachtarbeit der Jugendlichen in den Walzwerken als eine Notwendigkeit hinstellt, so ist das einerseits ein Beweis für die Anpassungsfähigkeit der neuen „Wissenschaft“ an die Wünsche gewisser interessierter Kreise und andererseits für die Brutalität, mit welcher die letzteren selbst über Gesundheit und Lebensglück Tausender junger Arbeiterkinder mit kaltem Sohne hinwegschreiten. Da schreien die Großindustriellen über staatliche Bevormundung. Auch uns erscheint die staatliche Reglementierung nicht als das Ideal. Aber solange die Industriellen sich nicht dazu verstehen, sich mit den Vertretern der Arbeiter über die Regelung der Arbeitsverhältnisse zu verständigen, bleibt eben kein anderer Weg übrig, Statt von der „neuen Moral“ der Arbeiter zu reden, mögen die „Grauen“ sich einmal mit der „Herrenmoral“ jener Leute befassen, die beispielsweise die Bundesratsverordnung zum Schutze der Arbeiter der Schwereisenindustrie vom Jahre 1909 damit beantworten, daß sie ihre Arbeiter noch stärker wie bisher zur Ueber- und Sonntagsarbeit heranzogen. Und nun erst die sogenannte neue Krankheit, die „Renten-Hysterie“. Warum zäumte der Herr Professor denn auch hier wieder das Pferd beim Schwänze auf; warum ging er auf die Ursachen der erschreckenden Unfallhäufigkeit in der schweren Industrie herein mit keinem Worte ein? Oder glaubt er gar, „Renten-Hysterie“ als die Ursache der Unfälle anzunehmen zu müssen? Man sieht, hier streifen die „Grauen“ tatsächlich schon mit dem Rockärmel die Grenzen, wo aus Vernunft Unsinn wird.“ Und darum wird es gut sein, wenn die deutsche Arbeiterchaft den sozialpolitischen Spaziergängen der Leute von der „neuen Richtung“ von Zeit zu Zeit einmal einige Aufmerksamkeit widmet. Schon deshalb, damit nicht die Deffentlichkeit eines Tages die Begriffe Scharfmacherei und nationalökonomische Wissenschaft für identisch hält.

Konferenz des 3. Bezirks.

Unsere diesjährige Bezirkskonferenz fand am Sonntag den 24. März, vormittags 10 Uhr in Hagen statt. Die Konferenz war besetzt mit 44 Delegierten, die 13 Ortsgruppen mit 68 Sektionen vertraten. Außerdem war auch der Verbandsvorsitzende, Kollege Wieber, erschienen. Der Bericht, den der Bezirksleiter, Kollege Hirtfelder, über die Entwicklung des christlichen Metallarbeiterverbandes im 3. Bezirk im Jahre 1911 erstattete, wurde wirksam unterstützt durch verschiedene Zusammenstellungen über Markenverkauf, Mitgliederbewegung, Kasseneinnahmen und die Bezirkskaffe, die den Delegierten zugestellt wurden. Danach hat der Verband auch im 3. Bezirk im Jahre 1911 wieder einen befriedigenden Fortschritt aufzuweisen. Derselbe bleibt allerdings hinter dem gewaltigen Fortschritt des Jahres 1910 zurück. Dies erklärt sich aus verschiedenen Ursachen. Am meisten dürfte hier zu berücksichtigen sein, daß der geradezu schwinghaften Entwicklung im Jahre 1910 eine natürliche Reaktion insoweit folgte, als es im Jahre 1911 der äußersten Kraftanstrengung aller im Bezirk tätigen Kollegen bedurfte, um die im Jahre 1910 gewonnenen Massen nun auch mit den Prinzipien der christlichen Gewerkschaftsbewegung vertraut zu machen, sie zu wirklichen christlichen Gewerkschaftlern heranzuführen. Aus diesem Grunde war das Jahr 1911 fast in allen Ortsgruppen des 3. Bezirks vornehmlich dem inneren Ausbau gewidmet.

Trotzdem konnte die Mitgliederzahl im Jahre 1911 noch um 1296 gesteigert werden, woran fast sämtliche Gruppen beteiligt sind. In der Jugendklasse waren am Jahreschlusse 442 Mitglieder, womit wir allerdings nicht zufrieden sein können. Einzelne, allerdings kleinere Gruppen, haben überhaupt noch keine Mitglieder der Jugendklasse, bei anderen läßt die Zahl derselben noch außerordentlich viel zu wünschen übrig. Aufgabe aller Gruppen muß es sein, in diesem Jahre der Gewinnung der Jugendlichen bedeutend mehr Beachtung zu schenken. Auch der Gesamtzuwachs hätte in manchen Gruppen noch ein besserer sein müssen. Leider ist im Jahre 1911 über eine außergewöhnliche Fluktuation zu klagen. Während im Jahre 1911 rund vier Fünftel der Neuaufnahmen als Zuwachs zu buchen war, ist im Berichtsjahre 1911 nur fast ein Drittel der neu aufgenommenen Kollegen geblieben. Jedoch dürfte dieses Verhältnis in etwa gemildert werden, wenn man, wohl mit Recht, annimmt, daß die große Zahl von Austritten im Jahre 1911 wohl in erheblicher Weise auf die sprunghafte Entwicklung im Jahre 1910 zurückzuführen ist. Trotz alledem darf die Erhaltung der einmal gewonnenen Mitglieder auch in Zukunft durchaus nicht vernachlässigt, sondern sie muß im Gegenteil neben der Gewinnung neuer Mitglieder fortwährend intensiv betrieben werden.

Die Gesamtzahl der verkauften Beitragsmarken war im Jahre 1911 um 93 987 höher wie im Jahre 1910. Allerdings muß dabei festgestellt werden, daß der Markendurchschnitt gegen das Jahr 1910 im Berichtsjahre zurückgegangen ist. Diesem Mißstand muß in Zukunft energisch gesteuert werden. Besonders in einzelnen Gruppen läßt der Markendurchschnitt viel zu wünschen übrig.

Für die Verbandskasse wurde insgesamt vereinnahmt der Betrag von 238 996,76 Mark, für die Lokalkassen einschließlich des Kassenbestandes am Anfang des Jahres von 8607,56 Mark der Betrag von 66 802,71 Mark. Die Bestände der Lokalkassen betragen am Jahresabschluss 12 703,31 M., sind also im Berichtsjahre um 4 195,75 Mark gestiegen. Auch die Ausgaben für Unterstufungen wiesen im Berichtsjahre eine erhebliche Steigerung auf. Insgesamt wurde für Unterstufungen im Jahre 1911 die Summe von 103 447,45 Mark ausgegeben, davon für Streiks und Lohnbewegungen allein 81 804,72 Mark und an Erwerbslosenunterstützung 24 480,08 Mark. An die Rentalkasse wurden abgeliefert 57 484,44 M.

Die Bezirkskasse hatte eine Meincinnahme von 26 469,53 Mark, eine Ausgabe von 24 194,84 Mark und einschließlich des vorjährigen Kassenbestandes einen Bestand von 10 298,91 Mark.

Das Versammlungswesen war im Berichtsjahre außerordentlich rege. Es wurden abgehalten 678 Mitglieder-, 117 öffentliche und 963 Betriebs- und Werkstattversammlungen. Außerdem fanden 602 Sitzungen der Vorstände und der Vertrauensmänner statt. Die Beteiligung an der Hausagitation ließ in manchen Gruppen zu wünschen übrig, während andere gerade auf die Hausagitation den größten Teil ihres Fortschritts zurückführen. Auf diesem Gebiete muß im laufenden Jahre bedeutend kräftiger eingestiegen werden.

Der Beschäftigungsgrad in der im Bezirk vorherrschenden Weiterverarbeitungsindustrie war im allgemeinen ein guter. Auch die Zahl der beschäftigten Arbeiter wurde nicht unwesentlich erhöht. Für die Kleinisenindustrie war allerdings die Preiserhöhung des Rohisenpreises um 2,75 Mark pro Tonne Rohisen ein lähmendes Moment. Jedoch gelang es einem größeren Teile der Verbraucher, dies durch Erhöhung der Verkaufspreise zum mindesten wieder weit zu machen. Ein guter Gradmesser für die Beurteilung der Geschäftslage ist die Zahl der Arbeitskämpfe. Trotzdem bereits das Jahr 1910 für unsern Bezirk ein starkes Kampfsjahr war, ist die Zahl der Streiks und Lohnbewegungen im Jahre 1911 noch gewaltig in die Höhe gegangen, ja, sie hat sich genau verdoppelt. Im Jahre 1910 hatten wir im Bezirk 32 Angriffs-, 5 Abwehr-, 35 Streiks und 35 Bewegungen ohne Streiks, insgesamt also 86. Die Zahl der Beteiligten ist allerdings nicht in demselben Maße gestiegen. Sie betrug 3338 gegen 3050 im Jahre 1910, ist aber in der Hauptache durch die damalige Aussperrung im Kreise Hagen-Schwelm so außerordentlich hoch gewesen. Von den 86 Arbeitskämpfen wurden 39 von unserm Verbande allein geführt und 47 mit anderen Organisationsgemeinschaften. In 14 Fällen hiervon gehörte die Mehrheit der beteiligten Kollegen unserm christlichen Metallarbeiterverbande an. Erfolgreich endeten 35 Bewegungen, und 16 wurden ohne Erfolg abgebrochen und auf eine günstigere Zeit vertagt. Von einer ganzen Reihe der letzteren konnte jedoch nachträglich berichtet werden, daß sie trotzdem noch erhebliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Arbeiter im Gefolge hatten. 60 Bewegungen wurden durch die von den Arbeitern gewählten Kommissionen, 8 durch Verbandsbeamte und je eine durch dritte Personen und durch die Vermittlung des Gewerbegerichts beigelegt.

Die Erfolge, die durch diese Streiks und Lohnbewegungen erzielt wurden, sind auch im Berichtsjahre wieder ganz gewaltig. Allein für unsere beteiligten Mitglieder, ohne die sonstigen Beteiligten, wurde, soweit sich dies überhaupt zahlenmäßig feststellen läßt, eine Lohn- und Gehaltssteigerung erzielt, die auf das Jahr umgerechnet, die gewiß beträchtliche Summe von zweihunderttausend Mark ergibt. Außerdem eine Arbeitszeitverkürzung von 66 575 Stunden pro Jahr, gegen 25 818 Stunden im Jahre 1910. Dazu kommen noch in 25 Fällen sonstige Verbesserungen. Eine Bewegung endete mit dem Abschluß eines Tarifvertrages.

Alles in allem genommen dürfen wir mit der Entwicklung und Tätigkeit im 3. Bezirk wohl zufrieden sein. Es dürfte sich ohne weiteres ergeben, daß die wirklichen Erfolge bedeutend größer sind, wie dies in den nachden Zahlen zum Ausdruck kommt. Dies alles muß aber für sämtliche Kollegen ein Ansporn sein, mit allen Kräften an der weiteren Ausgestaltung unseres Verbandes zu arbeiten.

Den Bericht des Bezirksausschusses und der Revisoren erstattete Kollege Erdmann-Hamm. Anschließend daran fand eine sehr anregende Diskussion über den Geschäftsbericht statt, in der vielfache Anregungen gegeben und Wünsche geäußert wurden. Jedenfalls dürfte auch dieser Gedankenaustausch noch sehr zur Belebung der gewerkschaftlichen Tätigkeit in den einzelnen Gruppen beigetragen haben.

Darauf folgte ein Referat unseres Verbandsvorsitzenden, Kollegen Nieber, der zunächst die Ergebnisse des Berichtes und die darauf folgende Aussprache kritisch würdigte und dann die durch den Anfall der Reichstagswahlen und durch den von der Sozialdemokratie gegen alle gewerkschaftlichen Grundzüge immerhin aufrechterhaltenen Streik für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung geschaffene Situation beleuchtete. Pflicht aller Kollegen sei es, die für unsere Sache durch den Verband ausgesprochenen Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Referat wurden noch die meist innere Angelegenheiten betreffenden Anträge beraten. Darauf wurde die Konferenz, die überaus anregend verlaufen war, mit einem kräftigen Schlusswort des Bezirksleiters Hirschfelder und einem begeisterten Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband geschlossen.

An den Kollegen des 3. Bezirks ist es nun, die Konferenz zu einer wirklich fruchtbringenden zu gestalten und die dort gebotene Ausbeute unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit in der richtigen Art und Weise zum Segen der gesamten Metallarbeiterchaft zu verwenden.

Das Wirtschaftsjahr 1911.

Der Geschäftsgang der Banken zeigt den Rückschlag des wirtschaftlichen Lebens. Diese Geldinstitute betreiben die Geldvermittlung an Unternehmer verschiedener Art. Sie sind vielfach Anreger und auch Selbstunternehmer von Industrie- und Handelsunternehmungen. Wird von den Banken viel Geld umgelegt, so darf angenommen werden, daß auch das Wirtschaftsleben ein reges ist. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet ist also die Größe des Bankverkehrs für jeden Wirtschafts- und Sozialpolitiker sehr interessant. Es sollen deshalb

hier einige Ziffern aus dem Verwaltungsbericht eines der größten Geldinstitute, der Reichsbank, gegeben werden. Nach dem genannten Bericht betragen die Gesamtumsätze bei der Reichsbank und ihren im ganzen Reiche verbreiteten Nebenstellen im Jahre 1911 377 692 Millionen Mark. Gegen das Jahr 1910 hat sich der Umsatz um nicht weniger als 23 352 Millionen Mark gesteigert. An Danknoten waren im Umlauf durchschnittlich 1663 Millionen Mark. Der Wechselverkehr war ein außerordentlich reger. Einschließlich der Scheckankäufe gingen 5 657 912 Stück Wechsel mit 12 374 Millionen Mark durch die Reichsbank. Der Verkehr an kurzfristigen deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen war im Jahresdurchschnitt 1 129 Millionen Mark, 73 Millionen mehr als im Vorjahre.

Der Verwaltungsbericht sind folgende bemerkenswerten Ausführungen voranzustellen: „Das Jahr 1911 bildet für Deutschland ein Jahr stetiger Fortschritte in fast allen Zweigen der Erwerbstätigkeit; Gütererzeugung und Gütertausch haben sich trotz der politischen Unsicherheit kräftig entwickelt. Dem Geldmarkt und der Börse sind allerdings Störungen nicht erspart geblieben. Die Notwendigkeit großer Maßnahmen ausländischer Güter haben zurzeit des durch höhere Löhne und Preise ohnehin gesteigerten herkömmlichen Geldbedarfs bewirkt, daß der deutsche Geldmarkt sich stärker als sonst auf seine eigenen Mittel angewiesen sah. Dies führte in den letzten Monaten des Jahres der Reichsbank Ansprüche in einem Umfange zu, der laufend nicht erheblich hinter dem im Hochkonjunkturjahre 1907 erreichten zurückblieb, ihn an den Quartalschläffen aber weit übertrug.“

Zu der Befriedigung dieser Ansprüche standen jedoch von vornherein größere Vorworte namentlich in Gold, zur Verfügung; auch konnte, als die großen Zahlungsforderungen des Auslandes erfüllt werden mußten, durch Abgabe von Auslandswedeln ein allzu heftiges Steigen der Devisenkurse verhindert werden.“

Der hier erwähnte Umstand, daß große Rückzahlungen ausländischer Guthaben erfolgen müssen, ist auf die Spannung zurückzuführen, die 1911 zwischen Deutschland und Frankreich wegen Marokko entstand. Französische Banken und Kapitalisten, die von England aus unterläßt wurden, zogen einen großen Teil ihrer in Deutschland verzinlich angelegten Guthaben zurück, in der offenen Absicht, daß deutsche Wirtschaftsleben zu schädigen und Deutschland zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Zum Teil war es wohl auch die Furcht vor Verlusten und Geldknappheit im eigenen Lande, die die fremden Geldbarleiher veranlaßte, ihre Kapitalien vom deutschen Markt zurückzuziehen. Das deutsche Finanzwesen hat die hierdurch herbeigeführte Probe auf seine Leistungsfähigkeit gut bestanden. Daß dies möglich war, dazu hat die durch die Reichsfinanzreform neu gestärkte Reichsbank ein gut Teil beigetragen.

Einige Ziffern aus der Statistik des Deutschen Reiches über die Aktiengesellschaften zeigen den Zusammenhang von Gewerbe und Industrie und der Börse. Von den über 5000 Aktiengesellschaften sind 1576 zur Kapitalbeschaffung durch Schuldverschreibung geschritten. Ende 1910 wurden von diesen 1576 Gesellschaften 3261 Millionen Mark Obligationen im Umlauf gesetzt, das sind 2,41 Millionen Mark mehr als im Vorjahre. Davon sind 2811 Millionen an deutschen Börsen zum Handel zugelassen. Der Gesamtumlauf der Schuldverschreibungen der bezeichneten Aktiengesellschaften, sodann der bergbauartigen Gewerkschaften, Handels- und Kommanditgesellschaften usw. betrug 3964 Millionen Mark. Es sind beteiligt:

Gewerbegruppen	Gesamtumlauf der Schuldverschreibungen Betrag in 1000 M.
Bergbau und Hüttenbetrieb	1 066 472
Elektrotechnische Industrie	234 676
Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke	325 158
Textilindustrie	156 985
Bierbrauerei und Mälzerei	193 144
Poll-, Klein- und Straßenbahnen	477 499
Fluß-, Küsten- und Seeschifffahrt	207 781
sonstige Unternehmungen	1 302 312

Die größte Zahl an ausgegebenen Obligationen bezw. Kapital haben die Aussteller und Gesellschaften von Berlin; sie sind beteiligt mit 755,67 Millionen Mark; es folgt Rheinland mit 554 Millionen, Westfalen mit 421 Mill., Hamburg mit 215, Hessen-Nassau und Bayern mit je 204 Millionen, Hannover mit 192, Schlesien 158, Sachsen 156, Königreich Sachsen 157, Bremen 148, Baden mit 137 und Ost- und Westpreußen mit 136 Millionen Mark Obligationen. Die übrige Summe verteilt sich auf die verschiedenen Staaten des Reiches und auf Provinzen Preußens.

Der Gesamtbetrag der am Ende des Halbjahres 1911 umlaufenden Hypothekendarlehen, darunter auch Kommunal-schuldverschreibungen, betrug 11 071,88 Millionen Mark.

Diese wenigen Ziffern der Statistik über einen Teil der deutschen Geld- und Kreditinstitute zeigen, mit welcher gewaltigen Summen in unserem Wirtschaftsleben gearbeitet wird und wie verwickelt und verbunden die deutsche Volkswirtschaft mit den Geldinstituten ist. Ohne Kapital wäre eine Gewerbe- und Industrietätigkeit vom heutigen Umfange unmöglich. S. P.

Zum letzten Streit auf den Schichauwerften.

Als im vorigen Jahre nach 20wöchigem Kampfe der Streit auf der Schichauwerft in Danzig abgebrochen und die Lohnbewegung auf eine günstigere Zeit vertagt wurde, war die Ansicht wohl allgemein, daß der Leiter der Werft habe doch etwas aus diesem Kampfe gelernt. Auch ohne schon die formelle Zusage Herrn Carlsons in Händen zu haben glaubten die Danziger Kollegen, in Zukunft wenigstens einigermaßen ihrer Arbeit entsprechend entlohnt zu werden. Sie sahen sich in dieser Hoffnung bitter enttäuscht. Um kein falsches Bild über die Höhe der Löhne auf der Schichauwerft aufkommen zu lassen, geben wir nachstehend das Durchschnittslohn pro Stunde bekannt, welches auf Grund der gesammelten Lohnzettel in einem Zeitraum von drei Monaten für die einzelnen Kategorien festgestellt wurde. Bemerk sei noch ausdrücklich, daß es sich hier nicht um Stundenlohnsätze handelt, sondern um den wirklichen Lohn mit Einschluß des Affordverdienstes. Demnach verdienen auf der Schichauwerft durchschnittlich pro Stunde:

- Edelblechler 34,4 Pfg., Maschinenbauhilfshörer 36,5 Pfg., Betriebshilfshörer 35 Pfg., Dreher 35 Pfg., Feiler und Maschinenführer 35 Pfg., Hochhammer 38 Pfg., Bohrer, Locher, Anreger und Hobler 29 Pfg., Schiffsbauhilfshörer 37,6 Pfg., Schiffsbauhilfshörer 28,1 Pfg., Stenauer und Reparatur 32,7 Pfg., Nieterschleifer 34 Pfg., Nietler 28,5 Pfg., Schiffszimmerer 37,3 Pfg., Klempner 35,6 Pfg., Schiffsstähler 34,5 Pfg., Danziger, Schmiedehilfshörer 36 Pfg., Schmiedehilfshörer 29,2 Pfg., Hammerführer 30,6 Pfg., Kupferschmiede 41,8 Pfg., Billarbeiter 28,3 Pfg.,

Das sind die Löhne, die von den Schichauarbeitern im Afford erzielt wurden; die Einstellungslohne betragen 27 bis 29 Pfennig. Aus diesen Feststellungen ergibt sich für jeden betroffenen Menschen die Notwendigkeit einer Lohnsteigerung für diese Arbeiter von selbst. Zu Untraglichkeiten führten auch die Mißstände im Affordwesen auf dieser Werft. Die Arbeiter wissen gar nicht, was sie für Stückerarbeit erhalten; denn die Affordpreise werden ihnen nicht mitgeteilt. So sind sie ganz der Willkür der Meister ausgeliefert und es ist ein offenes Geheimnis unter der Arbeiterschaft, daß vereinzelte, die aus gewissen Gründen beim Meister gut angeschrieben sind, am Lohnstage immer „etwas mehr verdient“ haben als die übrigen.

Die gute Konjunktur, namentlich auf dem Elbinger Werke, bewog nun die Arbeiterschaft, die im Vorjahre abgebrochene Lohnbewegung erneut wieder aufzunehmen. Die gepflogenen Vorberatungen, über die wir schon in Nr. 12 berichteten, befestigten die Danziger Kollegen in der Überzeugung, daß sie nun bestimmt mit der Solidarität der Elbinger Kollegen rechnen dürften. In diesem Vertrauen traten sie denn auch wieder — als alle friedlichen Wege ohne Erfolg gegangen waren — opfermutig für ihr gutes Recht in den Streik. Bedenkt man die schweren Opfer, die die Danziger Arbeiter schon durch den 20 Wochen dauernden Kampf im Vorjahre gebracht haben, so wird wohl keiner glauben, daß sie diesen Entschluß leichtfertig gefaßt haben. Und wirklich waren aller Berechnung nach die Voraussetzungen für ein Gelingen des opferreichen Kampfes gegeben, wenn nicht Elbing so schmächtig versagt hätte: Elbing mit seinen sogenannten „langjährigen Gewerkschaftlern“, die in den sozialdemokratischen und Hirsch-Dunderschen Verbänden „organisiert“ waren.

Der Beobachter der blamablen Vorgänge in Elbing könnte, wenn es nicht so ungemein traurig wäre, darüber lachen, wenn er sieht, wie jetzt die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer auf den Hirsch-Dunderschen herumtreden, um über die Streikbruchschmach im eigenen Lager hinwegzukommen. Ohne Zweifel täte man besser, im eigenen Lager nach dem Rechten zu sehen und die veräumte gewerkschaftliche Erziehungsarbeit nachzuholen. Denn es ist jedenfalls eine Doktorfrage, welche der beiden Richtungen „die meisten Streikbrecher“ gestellt hat. Tatsache ist — und die Spaten heißen es von den Dächern —, daß die Genossen sicher keine Ursache haben, sich hier auf hohe Füße zu stellen; man sehe sich nur einmal die in unserer Nr. 12 veröffentlichten Zahlen der umgefallenen Kämpen der verschiedenen Richtungen an.

In Nr. 13 der „Metallarbeiterzeitung“ wird nun bestritten, daß die im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband organisierten Former hinter dem Rücken ihres Vertreters beschloffen hätten, die Arbeit wieder aufzunehmen. Demgegenüber stellen wir hier fest, daß der Beamte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Schulz-Elbing, den Auspruch tat:

„Ich habe bereits 4 Tage meine Former mit Händen und Füßen, ja sogar an den Haaren festgehalten, damit sie nicht in den Betrieb laufen.“

Diese Aeußerung machte Schulz am 4. Streiktag morgens 11 Uhr in Elbing. Warum also die Ableugnung, Herr Schulz? Dieselbe Erklärung gaben auch Kamphs und Peters vom sozialdemokratischen Schmiedeverband für ihre Mitglieder ab. Uns ist es mit diesen Feststellungen lediglich um die Wahrheit zu tun; denn mit der Ableugnung der eigenen Fehler und der Verantwortung des Gegners ist dem Interesse der Arbeiterschaft nicht gedient. Man gebe darum doch auch im roten Lager unumwunden die Tatsache zu, daß nicht nur bei den Hirsch-Dunderschen, sondern auch bei den sozialdemokratischen Verbänden ein erschreckend großer Teil der Mitglieder ihrer Leitung nicht gefolgt sind — und daß man somit mit der Erziehung der eigenen Anhänger zu Gewerkschaftlern vorläufig alle Hände voll zu tun hat.

Als am 4. Streiktag die Abteilung Tettinkenhof in Elbing wieder zu 75 Proz. mit „Umgefallenen“ besetzt war, stellte der Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes den Antrag, am Freitag, also dem 5. Streiktag, die genaue Zahl der zur Kontrolle erscheinenden Streikenden festzustellen. Es kam dabei aber kein klares Bild heraus — von gewisser Seite scheute man, offen heraus gesagt, die Wahrheit. Die angegebenen Zahlen standen in keinem Verhältnis zu der Anzahl der wirklich vorhandenen Streikbrecher. Der Antrag auf Aufhebung des Streiks war deshalb für einen gewissenhaften Gewerkschaftsführer das einzig Mögliche, um die treuen, im Kampfe ausdauernden Kollegen vor großem Schaden zu bewahren.

Ohne Ueberhebung dürfen wir hier die Tatsache registrieren, daß unsere christlichen Metallarbeiter sich selbst in dieser schwierigen Lage tapfer gehalten haben. Sie haben gezeigt, daß ihnen Solidarität mehr ist als ein schönes Wort, mehr als ein Gefühlüberdrehung, der mit der Kurastimmung kommt und vor der nüchternen Wirklichkeit wieder verfliegt. Sie haben, obgleich noch verhältnismäßig jung in der Organisation, ihrem Namen als christliche Gewerkschaftler Ehre gemacht; sie sind nicht zu Beräthern an ihrer eigenen Sache geworden. Mit 650 Streikern stand der christliche Metallarbeiterverband bei dieser Bewegung im Kampfe, und trotz des bösen Beispiels der Kollegen aus den gegnerischen Organisationen, die gleich zu Hunderten wieder in die Betriebe liefen, waren es nach einer genauen Feststellung von diesen 650 nur 15, die sich vorzeitig mit in die Betriebe haben ziehen lassen. Das ist ein neuer Beweis dafür, daß man Streikbrecher nicht in den christlichen Gewerkschaften suchen darf. Sollten also die sozialdemokratischen Dubenagitatoren in Zukunft noch einmal die alte Walze vom „christlichen Streikbruch“ herunterleiern, so schade man sie beim mit dem Ausbrüche ihres Genossen Schulz von Elbing, welcher folgendes feststellte:

„Es steht fest, Kollegen, die christlichen Gewerkschaftler standen wie eine Mauer. Es wäre gut, wenn sich die Kollegen aller Organisationen daran ein Beispiel genommen hätten.“

Es ist gut sich diese Feststellung eines sozialdemokratischen Führers zu merken. Um sie bei Gelegenheit den Deuten, die berufsmäßig die Wahrheit über die christlichen Gewerkschaften zu entstellen haben, geziemend um die Ohren zu schlagen. An unserer christlichen Metallarbeiterschaft allerorts aber ist es nun, aus diesem Kampfe die notwendigen Lehren zu ziehen. Wie so oft schon, so hat es sich auch hier wieder deutlich gezeigt, daß es bedeutend besser um die Sache der Arbeiter stände, wenn die Kollegen allüberall an der Stärkung und Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften noch mehr wie bislang energisch mitarbeiten wollten. Namentlich die Metallarbeiter von Danzig und Elbing werden jetzt erst recht an der weiteren Stärkung der Position unseres Verbandes arbeiten, daß sich nicht nur die Kollegen haben jetzt eingesehen, daß ihnen mit schönen Worten nicht gedient ist. Sie wissen, wollen sie in absehbarer Zeit ihr Ziel, gesunde Lohn- und Arbeitsverhältnisse erreichen, so ist für sie der einzige Weg darin — der Anschluß an den christlichen Metallarbeiterverband.

Die Akkordverhältnisse in der Kölner Maschinenbauindustrie.

Die materielle Grundlage für eine auskömmliche und gesicherte Lebenshaltung der Arbeiterschaft ist ihr Lohnverhältnis. Ist die Verwendung der Arbeitskraft ihre einzige Einnahmequelle, so hängt für sie und ihre Familie alles davon ab, gegen welche Entlohnung und unter welchen Bedingungen sie ihre Leistungen dem Arbeitgeber abtritt. Auch das Wohlergehen der mittleren Gesellschaftsklassen wird wesentlich von den Einkommensverhältnissen der Arbeiterschaft beeinflusst. So weit wir nun zurückgreifen in die Geschichte unserer gewerkschaftlichen Arbeit, ja, so alt wie der Gewerkschaftsgedanke selbst, ist auch der Wunsch und das Streben der Arbeiterschaft auf eine gemeinsame Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gerichtet. Sind Lohn- und Tarifbewegung doch der Hauptinhalt des gewerkschaftlichen Programms.

Wer von diesen Gesichtspunkten aus speziell in der Kölner Maschinenindustrie die Lohn- und Akkordverhältnisse überblickt, und dabei ins Auge faßt, welche Anforderungen hinsichtlich geistiger und fachlicher Eignung an die Arbeiterschaft gestellt werden, muß zu dem Urteile gelangen, daß hier Entlohnung und Arbeitsleistung in keinem Verhältnis zu einander stehen. In einem großen Teile der Maschinenindustrie des Kölner Bezirks stellt die Unternehmerschaft die größten Ansprüche bezgl. Leistung, Ordnung und Kontrolle an ihre Arbeiter, u. gibt dabei aber anscheinend ganz, daß auch der Arbeiter, zumal in den gegenwärtigen Zeitverhältnissen, entsprechend seiner Intelligenz und Tüchtigkeit ein Recht auf menschenwürdige Behandlung und auskömmliche Entlohnung hat. Akkordarbeit ist im allgemeinen Sprachgebrauch gleichbedeutend mit Vertagsarbeit. Uebernahme der Arbeit nach vorheriger, beiderseitiger Abmachung in bezug auf Ausführung und Entgelt. Es handelt sich hier demnach um eine von beiden Kontrahenten betretene Rechtsgrundlage, deren Bestimmungen für beide Teile bindend sind.

In neuerer Zeit scheint man jedoch in unserer Industrie von diesem Rechtsbegriff immer mehr abzukommen, indem man bei der Akkordarbeit einfach nur nach dem Grundsatz verfährt: äußerste Anspannung der Arbeitskräfte ohne Rücksicht durch den Vorgesetzten, bei möglichst geringen Akkordlösen. Gewiß ist nicht zu übersehen, daß heute in vielen Dingen eine vereinfachtere und praktischere Arbeitsweise, besonders in der Kölner Maschinenbauindustrie Platz gegriffen hat. Durch bessere Maschinen und Bearbeitungswerkzeuge, vervollkommneter Werkzeugmaschinen, praktische Arbeitsteilung usw. sind Grundlagen geschaffen worden, die eine Verbilligung der Herstellungspreise gestatten; die aber auch dem Unternehmer es ermöglichen, seine Absatzgebiete zu behaupten und mit der Konkurrenz mindestens gleichen Schritt zu halten.

Dieses alles sind Errungenschaften unserer modernen Industrie, die wir Arbeiter und Gewerkschaftler wohl zu würdigen verstehen. Aber hier gilt es auch einmal auf Zustände hinzuweisen, die die Arbeiterschaft in ihrem Kampf ums Dasein, um Erhaltung von Kraft und Gesundheit nicht minder interessieren, wie das Streben nach Gewinn auf Seiten der Arbeitgeber. Und das kann man die Feststellung machen, daß nirgendwo im ganzen deutschen Reiche auch nur annähernd solche Anreize an die Arbeiter der Maschinenindustrie gestellt werden, wie gerade im Köln-Mülheimer Bezirk. Wie mehr sich das Bild bezgl. der Akkordlage seit den letzten 7 bis 8 Jahren verschoben hat, geht daraus hervor, daß wohl sämtliche Akkordpreise für die einzelnen Maschinenteile um mindestens 50% reduziert worden sind. Bei meiner langjährigen Tätigkeit in der Maschinenbaubranche habe ich die Feststellung machen können, daß man heute nicht mehr die Hälfte der Preise zahlt, wie man sie früher bei intensiver Arbeitsleistung sich zu zahlen verpflichtet. Beispiel: Ein Dreher erhielt früher bei normalen Verhältnissen und eifriger Tätigkeit für ein bestimmtes Arbeitsstück bei genauer und sauberer Ausführung 12 Mark und kam auf etwa 50 bis 60 Pfg. die Stunde. Unter heutigen Verhältnissen, die wohl allenfalls eine Verbilligung der Herstellung um etwa 15-20% rechtfertigen (Schnellorchestrale, Stabilität mancher, jedoch bei weitem nicht aller Drehbänke), muß er das Arbeitsstück für nur 6 M. herstellen. Hier kann man nun einwenden, der Arbeitgeber, bezw. dessen Stellvertreter, Betriebsführer oder Meister habe sich mit dem Arbeiter über die Preisfestsetzung ins Einvernehmen zu setzen. Gewiß wäre das der reellste Weg und auch der vernünftigste, weil in sehr vielen Fällen manch unliebsamer Austritt vermieden würde. Aber heute gibt es eine regelrechte Akkordkrise in den meisten Teilen der Maschinenindustrie nicht mehr. Statt dessen werden, ganz besonders im Köln-Mülheimer Bezirk ohne weiteres, einseitig, ohne Anhörung der Arbeiterwünsche die Akkordpreise festgesetzt. Zumal auch in den kleineren Betrieben, wo man heute noch die primitivsten Verhältnisse anzutreffen gewohnt ist, verlangt man geradezu das Unmögliche in dieser Hinsicht. Wo man früher bei der Abnahme der fertigen Arbeitsteile in bezug auf Umstände u. billige Rücksicht walten ließ, ist heute die Revision so verschärft, daß Differenzpunkte von einhundertstel Millimeter und weniger schon genügen, um den ganzen Beamtenapparat vom Meister bis hinauf zum Direktor gegen den Arbeiter mobil zu machen, ohne die geringste Rücksichtnahme darauf, daß es geradezu ausgeschlossen sein muß, daß ein Arbeiter unter solchen Akkordverhältnissen bessere Arbeit leisten kann. Ein großer Uebelstand in vielen Betrieben ist die Unfertigkeit in der Preisfestsetzung. Meister und Beamten suchen sich mühsamer gegenseitig zu überbieten in der Lohnrückfrage; vielfach benutzt man den Augenblick, in dem das zweite Mal das Arbeitsstück einem andern übertragen wird, um nun die Preisföhrande noch etwas fester anzubringen.

Der zielbewußte Gewerkschaftler ist nicht gewillt, sich so ohne weiteres als Versuchssobjekt, zu seinem und seiner Mitkollegen Schaden mißbrauchen zu lassen; eine solche Streberpreis seitens der Vorgesetzten auf Kosten der Arbeiterschaft kann er nicht gutheißen. Er protestiert dagegen, und erreicht er auf vielerlei Umwegen einmal Einblick in die angeblich „authentischen“ Preisverzeichnisse, so macht er gewöhnlich die interessante Wahrnehmung, daß hier Feder und Tinte nicht die Instrumente solcher Eintragungen sind, sondern gewöhnliche Bleistiftnotizen nicht selten in der Brusttasche des Meisters, den ganzen Preistarif eines Werkes ausmachen.

Sat der Arbeiter sich nun unter solchen Umständen einige Zeit lang herumgeplagt und der Lohntag rückt heran, so gewahrt er nicht selten, daß sein Verdienst gleich Null ist, wenn er nicht „Gnade“ bei Meister und Betriebschef findet, die ihm „gnädig“ für den Ausfall, Werkzeugmangel, Reparaturen an seinen Maschinen u., einige Mark gutschreiben. Weils aber kommt man nicht auf den Gedanken, solchen Zuständen dadurch ein Ende zu machen, daß man Akkord und Lohn auf eine angemessene Höhe bringt.

In keinem Gebiet ist daher die Unsicherheit der Arbeiter auch größer wie in der Kölner Maschinenbauindustrie. Sicher ist es für die Arbeitgeberchaft kein Gewinn, dauernd mit

einer solchen Fluktuation zu rechnen und durch solche Manipulationen sich der besten Arbeitskräfte zu berauben. Was nützen alle noch so modern ausgestatteten Arbeitsräume, mit denen man in dieser Gegend so gern nach außen hin Eindruck macht, wenn man nicht einmal sich dazu bemühen will, nur die gerechtesten Ansprüche der Arbeiter dauernd zu befriedigen. Nichts kann auch nur entfernt alle die vermeintlichen Wohlfahrtsleistungen solcher Betriebe rechtfertigen, solange man nicht endlich die Hand dazu bietet, unter allen Umständen für eine bessere Behandlung und Entlohnung Sorge zu tragen. Der Tarifgedanke ist auch in der Maschinenbauindustrie wohl der einzige Weg, auf dem wir zum Ziele kommen. Stärken wir darum unsern christlichen Metallarbeiterverband als den festen Fort dieser Idee und überzeugen wir auch unsere indifferenten Kollegen immer mehr davon, daß unsere Organisation ein unentbehrlicher Faktor ist im volkswirtschaftlichen Organismus der heutigen Zeit.

Der Arbeitsmarkt im Februar.

Die Auswärtsbewegung auf dem Arbeitsmarkt war in der Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen vom Dezember auf den Januar eine sehr lebhaft. Manche Anzeichen deuten darauf hin, daß unsere Industrie auf einen Höhepunkt angelangt ist. Ist damit auch nicht gesagt, daß nunmehr ein Rückschlag kommen müsse, so ist doch anzunehmen, daß die Entwicklung ein langsames Tempo nehmen werde. Darauf deutet auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt hin. Vom Januar auf den Februar ist zwar eine Besserung zu konstatieren, doch beträgt sie nur einen Bruchteil derjenigen der beiden vorhergehenden Monate. Für männliche Arbeiter kamen auf 100 offene Stellen im Februar 186 Arbeitsgesuche gegen 196 im Januar. Daß unsere Industrie im letzten Halbjahr einen gewissen Aufschwung genommen hat, wird durch die Tatsache bewiesen, daß im Februar 1911 254 Arbeitsgesuche auf 100 offene Stellen kamen.

Es ist kein schlechtes Zeichen für die Konjunktur in der Metallindustrie, daß die Zahl der weiblichen Arbeiter zurückgeht. Im Februar d. J. kamen auf 100 offene Stellen 165 Arbeitsgesuche, im Januar dagegen 169. Viel günstiger waren die Verhältnisse im Februar 1911, wo auf 100 offene Stellen nur 139 Arbeitsgesuche kamen.

An das Reichsarbeitsblatt sandten 725 Arbeitsnachweise (731 im Vormonat) ihre Berichte rechtzeitig ein. Bei diesen waren aus unserer Industrie insgesamt 82 382 Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 44 292 offene Stellen und 40 214 Vermittlungen gegenüberstanden. Im Januar befielen sich die entsprechenden Zahlen auf 84 790, 43 153, und 39 471. Bei weniger Arbeitsgesuchen im Februar ist also die Zahl der offenen und vermittelten Stellen eine größere.

Ein erfreulicheres Bild als im Januar bietet der Arbeitsmarkt in seiner Gesamtheit im Februar. Bei männlichen Personen kamen auf 100 offene Stellen 178 Arbeitsgesuche gegen 192 im Januar. Ist die Besserung hier schon eine beträchtliche, so noch mehr, wenn wir den Februar des Vorjahres zum Vergleich herbeiziehen, wo auf 100 offene Stellen 210 Arbeitsgesuche kamen. Von der Besserung wurde auch der Markt für weibliche Arbeitskräfte ergriffen, wo auf 100 offene Stellen 88 Arbeitsgesuche kamen gegen 100 im Januar. Der günstige Stand des entsprechenden Monats im Vorjahre, wo sich das Verhältnis 100:81 stellte, ist allerdings noch nicht erreicht.

Die Gründe der erwähnten Besserung sind in erster Linie in einem lebhafteren Geschäftsgang bei fast allen Gewerben zu suchen. Besonders günstig hat sich — im Vergleich zum Vormonat — der Arbeitsmarkt in der Lederindustrie und im Wangerwerbe entwickelt. Bei der erwähnten Zahl von Arbeitsnachweisen sind im Februar (Januar) 379 000 (378 000) Arbeitsgesuche männlicher Personen eingegangen, denen 213 000 (197 000) offene Stellen und 185 000 (176 000) Vermittlungen gegenüberstanden. Auch hier ist die starke Zunahme der offenen und vermittelten Stellen auffallend.

Von weiblichen Arbeitssuchenden sind insgesamt 75 000 (72 000) Gesuche eingelaufen, denen 85 000 (72 000) offene Stellen und 43 000 (46 000) Vermittlungen gegenüberstehen. Als günstiges Zeichen darf das starke Anschwellen der offenen Stellen beurteilt werden.

Arbeitgeberorganisationen in Württemberg.

Ueber die Entwicklung und Stellung des Verbandes Württembergischer Industrieller bringt das Gewerbeblatt aus Württemberg einen Bericht, dem wir folgendes entnehmen und es der Beachtung unserer Kollegen empfehlen:

„Die günstige Entwicklung des Verbandes Württ. Industrieller und das hohe Ansehen, das er in den Kreisen der württ. Industrie, sowie bei den Behörden genießt, kam in der diesjährigen Generalversammlung zu hervorragendem Ausdruck. Die Tagung, die am 3. und 4. Februar in Stuttgart stattfand, war trotz der Menge von Verhandlungen, die von den politischen Parteien, vom Hansabund usw. im Laufe des Winters im Hinblick auf die Wahlen abgehalten wurden, so zahlreich besucht, daß die sogen. „Organisationsmüdigkeit“ der Industriellen glänzend Lügen gestraft wurde. Im Gegenteil klang aus allen Reden deutlich heraus, daß die Industrie zur Durchsetzung ihrer Interessen noch viel straffer sich zu organisieren habe. Im Mittelpunkt der geschlossenen Mitgliederversammlung vom 3. Februar stand der Geschäftsbericht, den Syndikus Dr. Mayer erstattete. Hiernach hat der Verband im letzten Jahre einen Zuwachs von mehr als 200 Mitgliedern zu verzeichnen. Der Gesamtmitgliedsbestand beträgt 834 Firmen mit 90 000 Arbeitern. Sämtliche Branchen sind im Verband vertreten, der Kleinbetrieb ebenso wie der Großbetrieb. Das Württ. Industriearbeit, das bisher neben dem Verband bestanden hat, hat dem Verband mitgeteilt, daß es auf Grund eines Generalversammlungsbeschlusses seine Tätigkeit bis auf weiteres suspendiert habe. Redner wünscht, daß die Mitglieder des Kartells in Würdigung der hohen, auf eine Vertretung der Interessen der gesamten Industrie gerichteten Ziele die Reihen des Verbandes stärken.“ Dr. Mayer schloß:

„Wir sind im vergangenen Jahre einen guten Schritt vorwärts gekommen. Aber viele und große Arbeit steht uns noch bevor. Wir müssen sorgen, daß das Verständnis für die Bedeutung der Industrie immer mehr an Boden gewinne bei Regierung und Parlament, vor allen Dingen aber auch in der breiten Öffentlichkeit. Nur dann werden auch unsere Anträge und Wünsche, unsere Sorgen und Beschwerden die notwendige Beachtung finden. Dazu bedürfte es einer geschlossenen Organisation in unserm Verbandsverband.“

trage daher unsere Gedanken hinaus und arbeite mit zur Festigung unserer Reihen. Dann wird auch die württ. Industrie hoffnungsfreudig in die Zukunft blicken können.“

Dieser Entwicklung des Verbandes württembergischer Industrieller ist noch hinzuzufügen, daß auch der Verband Metallindustrieller Württembergs eine weitere Stärkung erfahren hat. Unter anderem ist auch eine straffere Verbindung der süddeutschen Metallindustriellen geschaffen worden. Am 26. Juli 1911 tagte in Stuttgart eine Konferenz der württembergischen Metallindustriellen, an der auch Vertreter der Metallindustriellen von Baden, Bayern und Frankfurt teilnahmen. Es wurde dabei einstimmig beschlossen, die Gründung einer „Gruppe der Süddeutschen Industriellen“, der die Verbände Württemberg, Bayern, Baden und Frankfurt a. M. angehören werden, vorzunehmen. Die engere Konstituierung erfolgte dann auch auf einer weiteren Konferenz in Nürnberg. Zweck dieses engeren Zusammenschlusses ist es, wie aus den Verhandlungen dieser Organisationen hervorgeht, bei Lohnkämpfen der Arbeiter gemeinsam in die Abwehr zu treten. Wiederholt schwebte deshalb über der süddeutschen Metallarbeiterchaft im letzten Jahre das Damoklesschwert einer Metallarbeiterausbreitung.

Für die Arbeiterschaft, insbesondere die Metallarbeiter gilt es, nun auch ihrerseits alles zur Stärkung der christlichen Gewerkschaften aufzuwenden. Wir bedürfen noch in vermehrtem Maße — um mit dem Arbeitgeberstand Dr. Mayer zu sprechen — „einer geschlossenen Organisation in unserm Verband. Setze daher unsere Gedanken hinaus und arbeite mit zur Festigung unserer Reihen.“ Stehen wir in der Opfer- und Arbeitsfreudigkeit für unsere eigenen Interessen nicht zurück. Dann kann auch die Metallarbeiterchaft hoffnungsfreudig in die Zukunft blicken. R. G.

Aus der Arbeiterbewegung.

Zu den Vereinbarungen mit den christlichen Bruderverbänden der Schweiz und Oesterreichs

erhalten wir folgende Zuschrift: In Nr. 50 unseres Verbandsorgans vom Jahre 1911 wurden die Vereinbarungen bekannt gegeben, die von den christlichen Metallarbeiterverbänden Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz getroffen wurden. Sie berühren in der Hauptsache den gegenseitigen Ausgleich des Unterstufungswesens, Streiks usw. Ich bin nun der Meinung, daß diese Vereinbarungen auch über den Rahmen ihres materiellen Inhalts hinaus eine größere Bedeutung erlangen sollten und zwar nach der agitativen Seite hin. Dafür kommen allerdings nur die Grenzgebiete in Betracht. Wir haben da vielfach die Tatsache zu verzeichnen, daß diesseits und jenseits der Landesgrenzen christlich organisierte Gruppen bestehen, die aber unter sich fast gar keine Fühlung haben. Dazu kommt weiter, besonders im Bezirk Südbayern, vorzugsweise in Oberbayern, daß Arbeiter, die in der Schweiz wohnen, in Deutschland arbeiten und umgekehrt. Längs des Oberrheins, von Basel bis Konstanz haben aber die christlichen Gewerkschaften Deutschlands und der Schweiz — abgesehen vom Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands, der sich im Gebiet von Lörrach, im Wiesental und Säckingen-Murg sehr gut entwickelt hat — keine besonders starken Gruppen. Es mangelt da beiderseitig an Kräften; durch die Grenzen sind sie auch zersplittert.

Mein Vorschlag geht nun dahin, daß zwischen den christlichen Gewerkschaften in den Grenzgebieten eine engere Fühlungnahme stattfindet, ein gegenseitiger Austausch der Abreisen und Kräfte. Die Entfernungen sind ja oft gering, manchmal bedarf es nur des Ueberschreitens einer Brücke. In manchen kleineren Orten könnten da durch gegenseitiges Zusammenarbeiten schwache Gruppen gestiftet und neue gegründet werden, und auch der Arbeitseifer und der Mut der jetzt noch vereinzelt stehenden Kollegen würde eine Stärkung erfahren.

Wüssten diese Seiten dazu dienen, daß die Arbeitsgemeinschaft, die ja im Basel-Lörracher Gebiet schon einigermaßen besteht, auf das ganze Grenzgebiet ihre Ausdehnung findet. Die getroffenen Vereinbarungen werden dadurch nur bedeutend an Wert und Inhalt gewinnen können, sowohl nach der materiellen wie besonders auch nach der ideellen Seite hin. R. G.

„Metallarbeiter, merket auf!“

so ruft die rote „Niederheinische Arbeiterzeitung“ in ihrer Nr. 72 aus — und läßt dann denen, die nun einmal nicht alle werden, vor, die Christenführer hätten den „Streikbruch in Permanenz“ erklärt. Das Blatt schwafelt von „christlichen“ Streikbruchsekretären, die „während des Streiks Arbeitswillige von und zur Erbe begleitet haben“ und täuscht dann als Knall-effekt ein angebliches Geständnis auf, das der Sekretär Engel vom „christlichen“ Metallarbeiterverband gemacht haben soll. Wie liegt nun die Sache in Wirklichkeit?

In einer „öffentlichen Volksversammlung“ am 31. März in Hattingen redete Genosse Köppler über das Thema: „Der christlich-zentralistische Arbeitererrat beim Bergarbeiterstreik und die Sache der Sieger“. Wie sehr das Thema „ag“ mag man daraus ersehen, daß ¼ vor 12 Uhr schon gut 85 Personen in der „großen Volksversammlung“ anwesend waren; darunter sogar von den angeblich 2-3000 rotorganisierten Bergleuten beinahe 10 (geh.). Troßdem schimpfte Genosse Köppler ganz weidlich über „christliche Streikbruchgeheimnisse“ und „Streikbruchsekretäre“ u., um damit den Rerrat des Dreibundes an den Interessen der Bergleute zu rechtfertigen. Das bewog unseren Kollegen Engel, in der Diskussion das unverantwortliche Treiben der Sozialdemokratie richtig zu kennzeichnen. Das rote Streikbruchschimpfe könnte die christlichen Gewerkschaften nicht daran hindern, immer nur das zu tun, was jeweils im Interesse der Arbeiter gelegen sei. Für die christlichen Arbeiter habe im Ruhrrevier kein Streik bestanden und könne deshalb von Streikbruch keine Rede sein. „Die christlichen Gewerkschaften als selbständige Organisationen entscheiden auch selbst darüber, ob ein Streik geführt werden kann oder nicht — und auf diesem Boden, auf dem wir jetzt stehen, werden wir auch für alle Zeiten stehen bleiben, mögen Kämpfe kommen, von wo sie wollen.“

Der gesperrt gedruckte Teil des letztzitierten Satzes wird natürlich in der ollen „christlichen“ roten Presse unterschlagen und der letzte Teil als „Verleumdung“ dafür umgelassen, daß die

christlichen Gewerkschaften, für die Zukunft überhaupt gewillt sind, Streikbruch zu begehen. „Christlich“ verschwiegen wird, daß derselbe christliche Beamte Engel in derselben Versammlung den Ausführungen des Hirsch-Dunder'schen Beamten lange gegenüber darauf hinwies, daß wir zum Streik eine ganz andere Stellung einnehmen, wie die kath. Fachabteilungen, daß wir auf den Streik als letztes Mittel nicht verzichten könnten. — In der Stellung der christlichen Gewerkschaften hat sich also nichts geändert; sie sind nach wie vor die Organisationen, die unentwegt und mit großem Erfolge die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft mit allen erlaubten und tauglichen Mitteln zu wahren und zu fördern suchen. In den sozialdemokratischen Gewerkschaften hingegen wird, wie sich das wieder beim letzten Bergarbeiterstreik zeigte, das Arbeiterinteresse in der gewissenlosen Weise dem Interesse der roten Umsturzpartei geopfert. Metallarbeiter, merkt auch das — und zieht die Konsequenzen!

Evangelische Stimmen für die christlichen Gewerkschaften!

Zu diesem Kapitel schreibt uns ein evangelischer Kollege aus Sachsen: Vor einiger Zeit hat Herr Oberpfarrer Reichmann-Hohen in Anhalt eine äußerst interessante Broschüre über die evangelischen Arbeitervereine und ihre Stellung in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung herausgegeben. Ganz entschieden räumte der Herr Oberpfarrer hier mit den alten abgehandelten Verdächtigungen auf, womit man den evangelischen Arbeitern immer wieder noch den Anschluß an die christlichen Gewerkschaften verweigern möchte. (Vergleiche die anlässlich des Ruhrbergarbeiterstreiks von den Genossen- und Börsenjudenblättern wieder aufgewärmten alten Lügen, als wenn die christlichen Gewerkschaften ihre Weisungen vom Zentrum oder von Rom erhalten usw.) Demgegenüber sagt Herr Oberpfarrer Reichmann in seiner Broschüre u. a. folgendes: „Daß für die Arbeitervereine, die sich mit Bewußtsein evangelisch nennen, die christlichen Gewerkschaften in erster Linie in Betracht kommen, sollte nicht mehr bezweifelt werden, da eine Geschichte von 10 Jahren bewiesen hat, daß sie nicht mit dem Zentrum liebäugeln, sondern aufs gewissenhafteste die Interfessionalität und die politische Neutralität wahren und in glücklicher Weise den Gedanken, daß nur eine einheitliche Arbeiterbewegung von Erfolg sein kann, mit dem andern verbinden, daß nur der Aufbau auf christlicher Grundlage Volk und Arbeiterstand zum Heile dienen kann.“

Wägen vor allem unsere evangelischen Arbeitervereinsmitglieder sich diese zutreffende Beurteilung der christlichen Gewerkschaften zu eigen machen und jenen Verleumdern energisch entgegenzutreten, die mit der Verdächtigung der christlichen Gewerkschaften in unsern Kreisen im Trüben fischen wollen. „Ehe es diese (die christlichen Gewerkschaften) gab“, so sagt Herr Oberpfarrer Reichmann ganz zutreffend, „waren Tausende von Arbeitervereinsmitgliedern in die sozialdemokratischen Gewerkschaften eingetreten. Das mußte man dulden; doch diese Taktik des schweigenden Ertragens wird bis heute gelbt, und es kann auf die Dauer nicht so bleiben... So zählten denn unsere Arbeiter Sonnabends mit der linken Hand in die (sozialdemokratische) Gewerkschaftskasse und Sonntags mit der rechten in die des Arbeitervereins, aber sie waren dadurch nicht frei vom roten Bann.“

Mit Recht bringt deshalb der Verfasser der Broschüre auf eine klare Stellungnahme unserer evangelischen Arbeitervereine gegen die sogenannten „freien“ Gewerkschaften. Mindestforderung sei, daß kein Mitglied mehr einer „freien“ Gewerkschaft angehören darf.

Als evangelischer Arbeiter und christlicher Gewerkschaftler, der sich schon seit Jahren in dieser Bewegung umgesehen hat, kann ich die vorstehend niedergegebenen Ausführungen des Herrn Oberpfarrers Reichmann nur unterstreichen. Unsere evangelischen Arbeiter gehören als freie, christlich und national denkende Männer in die christlichen Gewerkschaften. Keiner, der sich erst einmal in dieser Bewegung umgesehen hat, wird noch an den Knecht glauben, der ihm als Abschreckungsmittel gegen die christlichen Gewerkschaften von den Genossen vorgeführt wird. Bei uns in Sachsen suchen die Genossen die katholischen Arbeiter gegen die evangelischen aufzuheizen, in Rheinland-Besaffalen machen sie es umgekehrt. Ich bin der festen Überzeugung, daß, wenn sich erst einmal die Mehrzahl der Arbeiter aus beiden großen christlichen Konfessionen zu gemeinsamer gewerkschaftlicher Arbeit in den christlichen Gewerkschaften zusammengefunden hat, es in Deutschland keinen roten Terrorismus mehr gibt. H. M.

Rundschau.

Der Ausbau des Arbeiterrechts ist nach Professor Dr. Franke eine der wichtigsten sozialpolitischen Aufgaben der nächsten Zukunft. In einem Artikel in der „Sozialen Praxis“ (Nr. 19, 1912) über die Aufgaben des neuen Reichstages schreibt der genannte Sozialpolitiker: „Die Tarifverträge gibt es zu erweitern und zu kräftigen, die Schwächlinge, wie monopolistische Herrschaftsgelüste und Unterdrückung der Minderheiten, auszurotten, das innere Leben gesunder Vertragspolitik zu stärken und ihren Geltungsbereich auszubauen. Mag es zuerst noch noch zu früh sein, die in der Entwicklung begriffene Knechtstellung des Arbeitsvertrages, der in dem Boden der Gleichberechtigung und dem Verhandlungsprinzip wurzelt, in die festen Formen des Gesetzes zu gießen, so werden doch die wichtigsten Rechtsfragen nicht mehr aus der öffentlichen Erörterung verschwinden. Und gleiches Schritt wird damit die Diskussion über den Ausbau des Einigungsrechts gehen, das Arbeitskampfer vorbeugt oder sie im Entstehen lähmt. Dabei wird man erkennen, daß eine freiheitliche Regelung des Rechts der Berufsvereine sowohl für die Arbeiterorganisationen wie auch für die Arbeitgeberverbände sich als nötig erweist.“

Die Schöpfung der Tarifautonomie, insbesondere die sozialdemokratischen Arbeitsmonopole, auszurotten, ist im Interesse der Allgemeinheit zu einer dringenden Notwendigkeit geworden. Ob dies durch Eingreifen der Gesetzgebung geschehen kann, soll hier nicht untersucht werden. Es würde aber schon viel erreicht sein, wenn die gesamte öffentliche Meinung gegen diese Zwangsverträge einmütig Stellung nähme, wenn insbesondere auch die Unternehmer in der Praxis der so-

zialdemokratischen Gewaltpolitik und Alleinherrschaft geschlossenen Widerstand entgegenzusetzen wollten.

In Bayern macht die Arbeitslosenversicherung Fortschritte. Der bayerische Landtag hat beschlossen, denjenigen Gemeinden, welche die Arbeitslosenversicherung einführen, einen Zuschuß zu leisten. Auf Grund dieses Beschlusses sind die bayerischen Großstädte bestrebt, kommunale Arbeitslosen-Versicherungen einzurichten. Den Anfang macht München. Die Soziale Kommission des Magistrats hatte beschlossen, das Ministerium zu ersuchen, erstens den Verband bayerischer Arbeitsnachweise baldigst zu einer Sitzung einzuberufen, um eventuell ein Statut für die Arbeitslosenversicherung auszuarbeiten, und zweitens jenen Städten, welche die Arbeitslosenversicherung nach Festlegung eines gemeinsamen Statuts einführen, die Hälfte der Kosten aus Staatsmitteln zu ersetzen und einen diesbezüglichen Antrag beim versammelten Landtag einzubringen. Diese beiden Anträge wurden einstimmig angenommen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, nach dem für das Jahr 1912 rund 50 000 Mark für die Münchener Arbeitslosenversicherung bereitgestellt werden. Späterens im Herbst soll die Versicherung in Kraft treten.

Die Lohnzahlungsbücher für die Minderjährigen sollen abgeschafft werden, weil sie sich nicht bewährt haben. Wäher war in § 134 Abs. 3 der Gewerbeordnung bestimmt: „In Fabriken ist auf Kosten des Arbeitgeber ein Lohnzahlungsbuch einzurichten. In das Lohnzahlungsbuch ist bei jeder Lohnzahlung der Betrag des verdienten Lohnes einzutragen; es ist bei der Lohnzahlung dem Minderjährigen oder seinem gesetzlichen Stellvertreter auszuhandigen und von dem Empfänger vor der nächsten Lohnzahlung zurückzureichen.“ Durch dieses Lohnzahlungsbuch sollte den Eltern bzw. Vormündern usw. ein Mittel an die Hand gegeben werden, um die Lohnhöhe bei ihren Kindern bzw. Mündeln kontrollieren zu können. Wie jedoch die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten erkennen lassen, hat sich die Bestimmung des § 134 Abs. 3 nicht bewährt. Mit dem Inkrafttreten der neuen Gewerbeordnungsnovelle am 1. April soll sie deswegen fortfallen und an ihre Stelle tritt folgender Absatz: „Den Arbeitern ist bei der regelmäßigen Lohnzahlung ein schriftlicher Beleg (Lohnzettel, Lohnliste, Lohnbuch usw.) über den Betrag des verdienten Lohnes und der einzelnen Arten der vorgenommenen Abzüge auszuhändigen.“

Sperresystem und Haftbarkeit. Ein Former in Düsseldorf klagte gegen seinen bisherigen Arbeitgeber auf Schadenersatz, weil er auf Grund eines Abkommens der Unternehmer keine neue Arbeit erhielt. Der betreffende Unternehmerverband hatte seine Mitglieder vertraglich verpflichtet, die aus einem der angeschlossenen Werke austretenden Arbeiter vor Ablauf von drei Monaten nicht wieder einzustellen. Diese Verpflichtung soll selbst dann gelten, wenn ein Arbeiter, ohne Differenzen mit dem Arbeitgeber gehabt zu haben, z. B. wegen Arbeitsmangel, entlassen wird, oder der Arbeiter selbst aus eigenem Antrieb das Arbeitsverhältnis ordnungsmäßig löst. Eine Ausnahme sei nur dann zulässig, wenn der Arbeiter eine schriftliche Ueberweisung vorzulegen vermag, die aber in der Regel nicht gewährt wird.

Das Amtsgericht kam zu einer Beurteilung der Firma, weil die erwähnte Abmachung gegen die guten Sitten verstoße. Anders das Landgericht, das sich auf die von der Firma eingelegte Verurteilung hin ebenfalls mit der Angelegenheit zu befassen hatte. Es wies den Kläger ab, erkannte also eine Schadenersatzpflicht der Firma nicht an. Die über die Arbeiter verhängte Sperre an sich, ließ es in den Gründen des Landgerichts, trage nicht den Charakter einer sittenlich verwerflichen Handlung. Es komme vielmehr darauf an, ob die betreffende Handlung bezweckt, die gewerbliche Existenz des Gegners völlig zu untergraben und ihn dauernd erwerbs- und brotlos zu machen. Das treffe im vorliegenden Falle nicht zu. Die Sperre zielt nur darauf ab, dem Arbeiter vorübergehend die Erwerbsmöglichkeit in dem betreffenden Erwerbszweig abzuschneiden, um ihn dadurch zur Unterwerfung unter die Wünsche und Bedingungen des Gegners zu nötigen.

Das Urteil ist schwer verständlich, denn es keinesfalls mit dem Rechtsempfinden des Volkes und steht auch im direkten Widerspruch mit anderen Gerichtsentscheidungen, auch endgültigen, die im Sinne des Düsseldorf'schen Amtsgerichts entschieden haben. Wenn solche drakonischen Maßnahmen nicht gegen die guten Sitten verstoßen, dann hat dieser Begriff als wertlos aus unserem Rechtsleben auszuschneiden. Ueberdies werden die Unternehmer mit derartigen Zwangsmaßnahmen, durch diese Unterbindung der Freiheit des Arbeitsvertrages und der Freizügigkeit die angeblich erstrebte „Sachhaltigkeit der Arbeiter“ keineswegs erreichen können.

Ein ehemaliges Mitglied des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes schreibt diesem Verband im „Stahlwarenarbeiter“ Nr. 11/1912 allerhand schöne Sachen ins Stammbuch. Nachdem dieser Genosse auseinandergesetzt, daß der deutsche Metallarbeiterverband sich nicht um seine Bestemmergeschleifer gekümmert habe, schreibt er wörtlich: „Ferner will ich dir (dem sozialdemokr. Metallarbeiterverband. Red.) noch raten, deinen Mitgliedern, wenigstens insofern es sich um Bestemmergeschleifer handelt, nicht wie bisher goldene Berge zu versprechen, wo du es doch nicht einmal zustande bringst, daß denselben ihre zu wenig gezahlten Löhne nachgezahlt werden. Ob du dich hinterher entschuldigst, das hättest du — Kinder, laßt nicht — vor-gesessen, damit wirst du auf die Dauer kein Glück haben. Ich an deiner Stelle würde es machen, wie ein mir bekannter Hausvater es vor einigen Jahren machte. Der ging, nachdem er sah, daß sein Haus baufällig wurde, und seine Annahmer den Urwidern der Witterung ausgesetzt waren, zu demselben und sagte: „Kinder, ich sehe, mein Haus ist baufällig, ihr seid nicht mehr vor Wind und Wetter geschützt, ihr könnt zu jeder Zeit ausziehen, denn ich will nicht, daß ihr in meinem Hause Schaden leidet!“ Sieht du, lieber Metall, das war ehrlich! Gehe auch mal ins Gewissen und sage deinen Mitgliedern, sie sollen lieber ausziehen, ehe sie noch mehr Schaden leiden, denn dein Haus ist auch baufällig und läßt sich nicht mehr vor den Urwidern der Unter-nemer, nachdem du das gesamte Abkommen nebst unserem Preisverzeichnis kündigst über Bord geworfen hast.“

Es ist hart für den sog. Metallarbeiterverband, sich sagen zu lassen, sein Haus sei baufällig, aber der Mann, der die „Baufälligkeit“ konstatiert, muß es wissen, er hat ja in dem Hause gewohnt.

Aus der Metallindustrie. Der Maschinenfabrik Thyssen & Co. in Rülheim a. d. Ruhr brachte das Geschäftsjahr 1911 einen Reingewinn von 457 688 M. Dieser Ge-

winn soll folgendermaßen verteilt werden: Zur gesetzlichen Rücklage 45 769 M., 10% Dividende = 100 000 M., an die Sonderrücklage zur Stärkung der Betriebsmittel 200 000 M., zum Unterstützungsbestand 30 000 M. und 81 919 M. auf neue Rechnung. — Die Düsseldorf-Ratinger Röhrenstahlfabrik erzielte einen Herstellungsgewinn von 254 781 M. Die Aktionäre erhalten 65 000 M. gleich 6 1/2% Dividende. — Die Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart verteilt 10% Dividende und bringt bei 8 Millionen M. Aktienkapital ihre Rücklage auf 5 Millionen M. — Die Kupferwerke Deutschland in Oberschöneweide verarbeiteten im Jahre 1911 16 011 560 Kilogr. fertige Erzeugnisse und verteilten 8% Dividende.

Zum Abkommen der preussischen Regierung mit dem Kohlenyndikat nahm der Bund der Industriellen in seiner jüngsten Vorstandssitzung Stellung und veröffentlichte dazu eine Erklärung. Darin wird im Interesse der weiterverarbeitenden Industrie bedauert, daß der Staat das Abkommen mit dem Kohlenyndikat eingegangen ist, weil er dadurch keine regulierende Tätigkeit bei der Preisbildung der Kohlen mehr ausüben könne. Ferner wird bedauert, daß die ohnehin überaus große und beständig steigende Ausfuhr deutscher Kohle noch durch sehr niedrige Ausfuhrtarife der deutschen Eisenbahnen gefördert wird. Durch die Abgabe deutscher Kohle an das Ausland zu niedrigeren Preisen wie an die heimischen Verbraucher würde die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie geschwächt. „Angesichts dieser Verhältnisse richtet der Bund der Industriellen vom Standpunkte der deutschen Kohlenverbrauchenden Industrie an die Verwaltungen der deutschen Eisenbahnen die Bitte, die Frachtsätze für den inländischen Kohlenverbrauch niedriger als für die zur Ausfuhr bestimmte Kohle zu stellen, zum mindesten aber von der angelegentlichsten weiteren Ausdehnung der Ausfuhrtarife für Kohle abzusehen, damit das Inland nicht schlechter gestellt ist, wie das Ausland.“

Die Zeitschrift des Bundes der Industriellen führt über die ungleichen Frachtkonverhältnisse folgende Beispiele an:

„Ein Doppelwaggon Steinkohle von Duisburg nach Emden-Außenhafen (260 Km.) kostet nach dem für die Kohlenausfuhr bestehenden Ausnahmestärke nur 37 M. Fracht. Auf die gleiche Entfernung kostet der Doppelwaggon deutsche Steinkohle für den inländischen Verbrauch 64 M. Fracht und englische Steinkohle oder böhmisches Braunkohle für den inländischen Bedarf sogar 69 M. Fracht. — Für die Strecke Duisburg-Hamburg kostet ein Doppelwaggon deutsche Steinkohle 57 M. Fracht. Auf der gleichen Strecke (367 Km.) nach Industriegebieten im innern Deutschland kostet ein Doppelwaggon deutsche Steinkohle 86 M., ausländische Kohle sogar 93 M. Fracht.“

Das sind doch Zustände, an denen unsere maßgebenden Stellen nicht achtsam vorübergehen dürfen.

Streits und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen in jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postarte, über den Stand der Bewegung ein-senden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Zwistigkeiten. Bei der Firma Knob Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausgebrochen. Bezug von Metallarbeitern aller Branchen und Tischlern ist streng fernzuhalten.

Siegen. Die Siegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion und Bergbau in Geisweid ist für Metallarbeiter gesperrt.

Verdohl. Die Firma Honsel in Ebeling ist für Metallwarenarbeiter gesperrt.

Ulm. Die Arbeiter der Firma Gb. Mayer & Comp. stehen im Streik. Bezug ist streng fernzuhalten.

Düsseldorf. Ueber die Formerei der Armaturen- und Maschinenfabrik Schwilke in Düsseldorf-Mörsendroich ist die Sperre verhängt.

Erier. Wegen Nichtanerkennung des abgeschlossenen Tarifvertrages sind eine Anzahl von Betrieben der Klemmer der Installationsbranche gesperrt. Zurreisende Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Hofemirake 12 zu melden.

Düsseldorf-Oberkassel. Bei der Firma Hirsch stehen die Schlosser der Abt. Fensterbau im Streik.

Gevelsberg. Bei der Firma Wth. Schmidt, Schloßfabrik und Tempergießerei stehen die Arbeiter im Streik.

Frankfurt a. M. In den hiesigen Adlerwerken, ferner bei den Firmen Maybach u. Co., Fries u. Sohn, Porckorny und Wittelind stehen die Arbeiter im Streik. Bezug ist fernzuhalten.

Düsseldorf-Gerresheim. In der Drahtstiftfabrik Dreher u. Sohn stehen die Arbeiter wegen Differenzen im Rindbaum.

Düsseldorf. Ueber die Werkzeugmaschinenfabrik C. Schlef ist die Sperre verhängt.

Zugzug ist fernzuhalten.

Olpe. Die Differenzen bei der Firma „Metallwerke Gustav Jmhäuser“ sind zu Gunsten der Arbeiter im Wege der Verhandlung erledigt. Die eingereichte Kündigung wurde zurückgezogen.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 14. April 1912 der sechzehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 14. bis 20. April 1912 fällig.

Zwei neue Flugblätter.

Der diesmaligen Zeitungsbeilage liegt ein für die Jugendarbeit bestimmtes Flugblatt bei. Ein weiteres wird ebenfalls zum Versand bereit liegen, wenn diese Organnummer in den Händen der Kollegen ist. Letzteres behandelt den Bergarbeiterstreik im rheinisch-westfälischen Bergbau und die Lehren, die wir Metallarbeiter aus diesen Vorgängen ziehen müssen. Es eignet sich darum zur Massenverbreitung. Das Jugendflugblatt findet hingegen am besten Verwendung bei der Hausagitation. Die Ortsgruppen wollen umgehend der Hauptgeschäftsstelle mitteilen, welche und wieviele Flugblätter sie benötigen.

Aus dem Verbandsgebiet.

Stolberg. Mit den schlechten Verhältnissen in der Stolberger Knappschaft und den Mitteln und Wegen einer Verbesserung befaßte sich am 21. März eine von unserm Verbands einberufene Versammlung. Kollege Varsch, vom Gewerbeverein christl. Bergarbeiter war als Referent erschienen und zeigte an den Erfolgen der Knappschaft im Wurmrevier, was die Gleichgültigkeit und vielfache Interesselosigkeit der Knappschaftsmitglieder im Stolberger Revier alles verfaulen und in den Wind schlage. Nach einem kurzen Ueberblick über die Entwicklung des Knappschaftswesens weist Redner nach, daß man da, wo man gute Knappschaftsverhältnisse habe, auch gute Lohn- und Arbeitsverhältnisse auftreffe. Es müsse demzufolge auch bei den Stolberger Kollegen eine bessere Erkenntnis einfließen und man müßte sich mehr darüber klar werden, was bei einer Splittterwirtschaft alles auf dem Spiele steht. Es habe unter den augenblicklichen Verhältnissen kein anderer den Schaden als die Arbeiter selber. Treffend weist der Referent nach, was man dem Arbeiter alles bietet, wenn er nicht organisiert sei. Die Bedeutung einer Knappschaft kann man erkennen aus den Kassenverhältnissen. Trotz der günstigen Finanzverhältnisse der Stolberger Knappschaft, die nach der letzten preussischen Statistik ein Mehr von 202,40 M. pro Mitglied aufweist wie in der Wurmknappschaft, sind die Pensionsverhältnisse bedeutend schlechter.

Es beträgt pro Jahr nach 25 Jahren: Die Invalidenpension im Allg. Knappschaftsverein in Bochum 442 M.; in der Wurm-Knappschaft 330 M.; in der Stolberger Knappschaft 210,72 M., also weniger 231,28 M. resp. 119,28 M. Die Witwenpension im Allg. Knappschaftsverein Bochum 239,20 M.; in der Wurm-Knappschaft 165 M.; in der Stolberger Knappschaft 105,35 M., also weniger 133,85 M. resp. 59,65 M. Nur die Waisenpensionen sind den übrigen Knappschaften gleichgestellt. Auch haben beide Knappschaftsvereine die Familienversicherung eingeführt, was für die Stolberger-Knappschaft nicht zutrifft. Ferner ist zu berücksichtigen, daß es im Allgemeinen Knappschaftsverein in Bochum nur eine Klasse gibt, also alle Invaliden diese Pension beziehen. In der Wurm-Knappschaft sind nur 4, in der Stolberger-Knappschaft dagegen 7 Klassen, und es ist den meisten Mitgliedern dadurch unmöglich, die Höchsthöhen zu erreichen. Es betrug nämlich die in dem Jahre 1910 zur Auszahlung gelangte Durchschnittspension eines Invaliden in der Stolberger-Knappschaft nur 188,30 M. die einer Witwe nur 96,40 M.; in der Wurm-Knappschaft aber 332,85 M. resp. 148,04 M. Mit hin weniger 144,55 M. resp. 51,64 M.

Die Stolberger Industrie steht demgegenüber als eine wirklich leistungsfähige da. Wenn ein Werk einmal keine Dividende bezahlt, so ist dafür meist nicht die Frage der Rentabilität, sondern andere Gründe ausschlaggebend. Noch im vorigen Jahre konnte die Rheinisch-Massauische Bergwerks- und Hütten-AG 24 Prozent Dividende verteilen, gegen 21 Prozent im Jahre 1910. Eindringlich appellierte Kollege Varsch an das Verantwortungsbewußtsein des Familienvaters, der als Ernährer auch die Verpflichtung habe, das möglichst Beste für seine Familie herauszuholen. Der einzelne Arbeiter erreiche nichts, aber zusammenschlossen in der Organisation stelle er eine Macht dar. Diese Ausführungen fanden allgemeinen Beifall.

In der Diskussion ging Kollege Schümmer noch besonders auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei den Blei- und Zinkhütten-Arbeitern ein. Während allerorts das Bestreben der Arbeiter dahin ging, sich kurze Arbeitszeiten zu verschaffen, und ihre Lohnverhältnisse dementsprechend zu gestalten, finden wir bei den Stolberger Hüttenarbeitern das Gegenteil. Durch Nacht- und Sonntagarbeit sucht man die Löhne künstlich zu erhöhen. Ist es doch noch im vorigen Sommer vorgekommen, daß Zinkarbeiter in einer Woche 13 Schichten und in einem Monat 63 Schichten gemacht haben. Den Stolberger Hüttenarbeitern fehlt der gewerkschaftliche Zusammenschluß. Darum müssen sie auch auf gute Knappschafts-, sowie auf gute Lohn- und Arbeitsverhältnisse verzichten. Ja, noch mehr, sie müssen zum größten Teil noch verzichten auf reine Arbeitervertreter in den Knappschaftskassen, dem es auch zum Teil zuzuschreiben ist, daß alle Verbesserungsanträge unter den Tisch fallen. In der Stolberger-Knappschaft ist die Welterwahl noch eine öffentliche. Ein System, welches die Mitglieder anderer Knappschaften durch die Organisation schon lange beseitigt haben. Nur die Organisation kann auch hier helfen. Aber die Gewerkschaftsarbeit wird von den Stolberger Blei-, Zink- und chemischen Arbeitern verkannt, verkannt darum, weil man sie noch nicht erkannt hat. Es ist nichts notwendiger, als daß die Blei-, Zink- und chemischen Arbeiter Stolbergs ganz erfasst werden vom rechten Gewerkschaftsgedanken, weil ihre ganzen Verhältnisse der Verbesserung dringend bedürftig sind. Der Anschluß aller an den christlichen Metallarbeiterverband kann nur zum Ziele führen.

Bromberg. Zur Aufklärung über den Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier hielt unsere Ortsverwaltung am 24. März in Bromberg-Prinzental eine öffentliche Versammlung ab. Die Genossen aus den sogenannten „freien“ Gewerkschaften mit ihrem Vertreter Schulz-Göing hatten sich ebenfalls eingefunden, um die Versammlung zu sprengen. In eineinhalbstündigen Ausführungen behandelte Kollege Gaitowski-Danzig die Vorgänge im Ruhrgebiet und die Stellung der christlichen Gewerkschaften, die ihre Selbständigkeit wahren und den frivolen Arbeiterverrat der Sozialdemokratie und ihrer Nachläufer nicht mitmachen. Die Genossen ergingen sich während der Ausführungen in unflätigen Beleidigungen des Referenten, ja sie schrien selbst vor tätlichen Angriffen nicht zurück, sodaß dieser zweimal den Schutz des anwesenden Polizeibeamten in Anspruch nehmen mußte. Aber trotz aller Mißereien gelang es den Genossen nicht, die Versammlung zu sprengen; sie verließen deshalb, trotzdem ihnen volle Redefreiheit zugesichert war, den Saal. Wahrscheinlich hatte Herr Genosse Schulz also eingesehen, daß er mit den Fraktionellen seiner Erziehungsarbeit vor der Öffentlichkeit keinen Staat machen konnte. Zudem entzog er sich damit ja auch der immerhin für einen Beamten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes recht kläglichen Aufgabe, einen gegen alle gewerkschaftlichen Regeln eingeleiteten Streik verteidigen zu müssen. Letzteres überließ er großmütig dem heiligen Vorsitzenden des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins, Beder. Nachdem dieser dann sein Versehen gegen die christlichen Gewerkschaften aufgesagt hatte, trotzte er hinter den Genossen drein. Vielleicht wollte er sich noch schnell beim Genossen Schulz erkundigen, warum er denn in alle Welt hinausposaune, daß gerade der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein den letzten Schicksalsstreik in Elbing von 927 Beteiligten über 300 „Streikbrecher“ gestellt habe — und — warum er demgegenüber den bösen Christen in öffentlicher Versammlung das Zeugnis ausgestellt habe: „Das muß ich sagen, Kollegen, die christlichen Gewerkschaftler handeln wie eine Mauer.“

An der Aussprache im Anschluß an das Referat des Kollegen Gaitowski nahmen besonders auch die Mitglieder der konfessionellen Arbeitervereine von Bromberg regen Anteil. Allgemein wurde das Verhalten des christlichen Bergarbeiterverbandes als richtig anerkannt und der Verrat der Führer des sog. Dreifundes an den Interessen der Bergarbeiter entschieden verurteilt. Im Schlußwort verpflüchte der Referent die einzelnen Vorwürfe der Genossen, wie auch die des Hirsch-Dunderschen Ortsvorsitzenden Beder. Mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften fand dann die Versammlung nach 4stündiger Dauer ihren Abschluß.

Metallarbeiter von Bromberg! Ihr wißt jetzt, wo eure Interessen gewissenhaft und damit wirksam und entschieden gewahrt und vertreten werden. Wendet euch ab von jenen Leuten, die Ehre, Ueberzeugung und Leben ihrer Mitmenschen nicht achten und so bei jeder Gelegenheit durch die Anwendung von Gewaltmitteln die freiheitliche Entwicklung der Arbeiterbewegung in Gefahr bringen. Tretet ein in den christlichen Metallarbeiterverband.

Brohl a. Rh. Auch in Brohl ist nun, wenn auch unter Ueberwindung von allen möglichen Hindernissen, eine Ortsgruppe unseres Verbandes geschaffen. Nun, Hindernisse sind ja eben da, um überwinden zu werden. Es soll hier in Brohl eine ganze Reihe heimlich tätiger Kräfte geben, die, geleitet von weiß Gott welchen Motiven, gegen die 33 christlichen Gewerkschaften tätig sind. Zu unserer ersten Versammlung hatten wir die Ehre, den Herrn Werkmeister einer hiesigen Firma sich scheinbar sehr für unsere Sache interessieren zu sehen. Man kann das ja verstehen, weil ja auch der Werkmeisterverband eine politisch und religiös neutrale Berufsorganisation ist. Oder sollte der Herr aus anderen Gründen erschienen sein? Wertwürdigerweise war ja von den unter ihm beschäftigten Leuten keiner anwesend. Doch zu seiner Ehre wollen wir die erste Lesart als die zutreffende annehmen.

Für die Brohler Metallarbeiter, und nicht nur für diese gilt das Wort: „Büßern heißt vergessen anzufangen!“ Ja, wenn sich alle einig wären, dann träte ich dem Verbande auch bei, das ist einer der Hauptwände, die auch hier gemacht werden. Wenn wir auf die berüchtigte „Einigkeit“ hätten warten wollen, Brohler Metallarbeiter, dann hätten wir heute noch keine 360 000 christlich organisierte Gewerkschaftler. Dann wären wir nicht in der Lage gewesen, im letzten Jahre allein im Kölner Bezirk eine Million zweimalhunderttausend Stunden Arbeitszeitverkürzung für unsere christlichen Metallarbeiter zu erringen. Also, auf aus Werk! Nicht bleiche Menschenwürde, auch nicht das Warten auf andere kann uns nützen, sondern selbst ist der Mauer. Wer sonst keine Gelegenheit hat, kann sich unter Angabe seiner Personalien in Remscheid, Schloßstraße 74 II, zum Beitritt in den christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands melden.

Haspel. Die auf Sonntag, den 17. März im „Deutschen Haus“ aberaunte öffentliche Metallarbeiterversammlung verlief sehr anregend und belehrend. Die Tagesordnung war: „Wie kann die Arbeiterschaft des Hagen-Schwelmer Bezirkes die gute Konjunktur ausnützen.“ Kollege Fischer eröffnete die Versammlung und gab einen kurzen Ueberblick über die letzten Bewegungen im Hagen-Schwelmer Gebiet. Kollege Dersbessel-Vielefeld zeichnete in seinem Referat zunächst ein scharf untrübenes Bild von der Entwicklung unserer Industrie. Heute steht die deutsche Industrie der englischen gleich, hat sie teilweise schon weit überflügelt. Redner schilderte die gegenwärtige Lage. Wie die Arbeitgeber versuchen, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu schmälern oder gar zu vernichten. Die Hauptschuld daran trage die Sozialdemokratie mit ihrem Terrorismus. Es sei notwendig, die wirtschaftliche Existenz des Arbeiters zu sichern. In der Metallindustrie sei die Lohnhöhe immer noch den Schwankungen der Konjunktur unterworfen, während die übrigen Berufe durch Abschluß von Tarifverträgen eine gesicherte Existenz haben. Die Metallindustrie sei die kapitalträchtigste Industrie Deutschlands und deshalb in der Lage, den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft nachzukommen. Das beweisen die Bilanz-Abschlüsse der Aktiengesellschaften. Die Produktion weist eine immer höhere Steigerung auf, während die Zunahme der Zahl der Arbeiter an der Produktionssteigerung gemessen, prozentual weit im Rückstande geblieben ist. Redner hob dann scharf die prinzipiellen Unterschiede heraus, welche zwischen den christlichen und den sozialdemokratischen Gewerkschaften bestehen, streifte den Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet und beurteilte scharf das arbeiterschädigende Verhalten des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes und dessen Nachläufer. Die christlichen Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkt, daß vorab alles zu versuchen sei, auf friedlichem Wege das Mögliche für die Arbeiterschaft zu erreichen. Wenn freilich alle friedlichen Mittel fehl geschlagen, hätten sie auch den Streik nie gescheut. Das zeigten die Kämpfe, die unser Verband geführt, besonders auch die im Jahre 1910 im hiesigen Bezirk. Redner erinnerte an die Vorgänge während der hiesigen Aussperrung und gelegentlich der Werstarbeiterbewegung.

Die Angriffe des Genossen Sassenbach, der die christlichen Gewerkschaften als Unternehmerhunde und Zentrumsgerwerkschaften bezeichnete, weist der Referent energisch zurück. Unsere Aufgabe sei, durch praktische Gewerkschaftsarbeit die Lage des Arbeiterstandes zu verbessern, ohne Rücksicht auf parteipolitische oder konfessionelle Hege. Zum Schluß erwähnte Kollege Dersbessel, unermüdblich weiter zu arbeiten für die christlichen Gewerkschaften. Nur durch sie, die auf dem festen Boden der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung ständen, sei es möglich, eine Aufbesserung für die Arbeiterschaft zu erreichen. Nach kurzer Diskussion seitens der Kollegen Kleine, Brohle und Fischer fand die Versammlung dann ihren Abschluß. An den Kollegen ist es nun, das für notwendig erkannte in die Tat umzusetzen durch unermüdbliche, systematische Werksarbeit für den christlichen Metallarbeiterverband.

Oppfstadt. Unsere Ortsgruppe hielt am 23. März eine öffentliche Versammlung ab, die sich eines sehr guten Besuchs erfreute. Es mochten 700 Personen anwesend sein. Kollege Fischer-Gewelsberg sprach über „Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Metallarbeiter und was muß zu deren Verbesserung geschehen“. In interessanter und fesselnder Weise führte er die Zuhörer durch die deutsche Metallindustrie, zeigte, wie sie sich in den letzten Jahrzehnten den Weltmarkt erobert und eine geradezu glänzende Entwicklung genommen hat. Redner legte dann aber an Hand zahlreicher Materials dar, daß die Arbeitsverhältnisse in der Metallindustrie mit dieser Entwicklung nicht gleichen Schritt gehalten. Obwohl die Grobeisen- und chemische Industrie die höchsten Gewinne aufzuweisen habe, herrschten dort noch vielfach niedrige Löhne. Der Durchschnittslohn betrug im Jahre 1910 1200 M. Die Unfall- und Krankheitsziffer sei eine sehr hohe. Des sei vielfach auf das Ueberhandnehmen und die außerordentliche Produktionssteigerung zurückzuführen. Während in vielen anderen Berufen der Tarifgedanke schon durchgedrungen sei, wollen die Arbeitgeber

in der Grobeisenindustrie davon nichts wissen, sie ständen zum größten Teil auf dem ausgeprägtesten Herrn-im-Haus-Standpunkt. Die Schuld für alle diese Verhältnisse trügen zum guten Teil die Arbeiter selbst, weil sie noch nicht überall den Gewerkschaftsgebanken erfasst und verwirklicht haben. Deshalb sei es Pflicht eines jeden Metallarbeiters, sich seiner Organisation, dem christlichen Metallarbeiterverband, anzuschließen. Für einen christlich und national denkenden Arbeiter könne nur die christliche Gewerkschaft in Betracht kommen, da die sogenannte „freie“ Richtung vollständig mit der revolutionären Sozialdemokratie verpflücht sei, worin eine kleine Ausländergruppe die erste Geige spiele. Es sei eine Schmach, daß ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft diesen Leuten Gefolgschaft leiste. Bei verschiedenen Anlässen habe die Partei das Vaterland geradezu verraten und sich dieses Verrates noch in zynischer Weise gerühmt. Wir christlichen Arbeiter können ein solch' verräterisches Treiben niemals mitmachen.

In der Diskussion nahm Herr Hendrichs-Hamm, Bezirksleiter des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins, seinen „roten Bruder“ sehr in Schutz, schwärmte für eine „einheitliche Organisation“, beschimpfte die Vergleute, die den roten Putsch nicht mitgemacht haben, als „Streikbrecher“ u. Es hatte den Anschein, als sei Herr Hendrichs bereits im roten Lager gelaubt; den Hirsch-Dunderschen Verband, dessen Beamter er ist, auch nur zu erwähnen, fand er kaum für nötig.

Der sozialdemokratische Beamte Duse-Vielefeld unterstrich selbstverständlich die Ausführungen seines Freundes Hendrichs und versuchte im Schweiße seines Angesichts die Vorwürfe des Kollegen Fischer zu entkräften, ohne aber auf den Kern der Sache einzugehen. „Gieranz!“ riefen ihm mit Recht unsere Kollegen zu. Nachdem noch Herr Schmidt-Hamm, Beamter der Bergarbeiter S.-V., seine 10 Minuten Redezeit mit Vorlesungen und absolut nichtsagenden Nebenarten glücklich ausgefüllt, zeigte Kollege Fromme den Hirsch-Dunderschen durch den Hinweis auf förmliche Vorgänge beim letzten Streik, wo die Arbeiterverräter saßen.

Unter dem Beifall der Versammlung stellte Kollege Fischer in seinem Schlußwort fest, daß der Hirsch-Dundersche Vertreter unter Aufgabe seiner selbst und seines Verbandes sich zum Anwalt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes gemacht habe. Unarmherzig ging er mit dem „Dreieck“ ins Gericht, zerpfückte die leidendemahnenden Einwürfe dieser Leute, daß nichts davon übrig blieb und schloß seine packenden Ausführungen mit der Aufforderung, nun alle Kräfte anzuspannen, um auch den letzten christlich und national denkenden Arbeiter in unsere Reihen zu bringen. Der brausende Beifall bewies, wie sehr er den Kollegen aus dem Herzen gesprochen. Mögen jetzt alle Kollegen mit neuem Mut an die Werksarbeit gehen und die Fernstehenden mit unseren Ideen bekannt machen: Vorwärts! Nähen wir die Stunde!

Enselm. Die christliche Gewerkschaftsbewegung an der Saar hat auch im verflossenen Jahr ihren Platz an der Sonne behauptet und entgegen der sozialdemokratischen noch recht gute Fortschritte gemacht. Das ist in Kürze das Resümee des Geschäftsberichts des Ortskartells, den unser Vorsitzender in der Mitgliederversammlung am 24. März bekannt gab. In der sich an diese Mitgliederversammlung anschließenden öffentlichen Metallarbeiterversammlung referierte Kollege Kettenhofen über die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften für die Arbeiterschaft. Redner zeigte treffend, daß der „freie“ Arbeitsvertrag für den einzelnen Arbeiter unter den heutigen Verhältnissen gar nicht bestehe und er seinen berechtigten Wünschen im Arbeitsvertrag nur im Verein mit seinen Arbeitskollegen Geltung und Anerkennung verschaffen könne. Zusammenschluß in der Organisation sei also für den Arbeiter von heute unumgänglich notwendig. Weiter heiße es Opfer bringen für die Organisation, denn sie könne nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn sie stark und vollkommen unabhängig dastehet. Die gelben Hüttenvereine, die auf die Gnade ihrer Protoktoren und „Wohltäter“ angewiesen seien, könne man nicht als Arbeiterorganisation ansprechen. Selbständigkeit und Standesbewußtsein des Arbeiters seien in diesen Gebilden der auf ihren Profit bedachten Unternehmer nicht zu finden, sondern häßliche rüchgratlose Kriecherei und Augenwirmerei würden hier in Reinkultur gezüchtet.

Auch mit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung sei dem Arbeiterstande nicht geholfen. Immer klarer trete es zutage, wie durch die Unterordnung der gewerkschaftlichen Arbeit unter die unwahren Grundsätze der revolutionären Sozialdemokratie die Arbeiterschaft schwer geschädigt werde. Gegenwartsarbeit leisten, wie es die Gewerkschaft tun müsse und zu gleicher Zeit auf ein phantastisches Zukunftsziel hinarbeiten, wie es die Sozialdemokratie tue, sei ein Unbding. Deshalb sei es unsere Pflicht, an der Stärkung und Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften zu arbeiten. Diese stehen auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung und sie wollen mit allen erlaubten und zweckdienlichen Mitteln an der Besserung der wirtschaftlichen Lage unseres Standes arbeiten. Nicht Klassenkampf, nicht gegen die übrigen Bevölkerungsklassen arbeiten wollen die christlichen Gewerkschaften, sondern mit ihnen an der weiteren Stärkung und Festigung und an einem weiteren Aufblühen unseres Wirtschaftslebens. Damit schaffen sie mit an dem Fundament, auf dem erst der weitere Aufstieg unseres Standes erfolgen kann. Damit schaffen sie endlich auch dem Arbeiterstande erst den notwendigen Einfluß im öffentlichen Leben, bei der Regierung und den gesetzgebenden Körperschaften. Im weiteren zeigte Redner unsere Stellung zu Tarifverträgen im Gegensatz zu der Sozialdemokratie, wie es noch einmal hin auf die ungeheuren Schäden und Hemmungen der Arbeiterbewegung durch die Sozialdemokratie, und forderte demgegenüber eifrig Propagandaarbeit — namentlich auch unter der Jugend — für unsere christlichen Gewerkschaften.

In der Diskussion unterstrich Herr Kaplan Redinger mit kernigen Worten die Ausführungen des Referenten. Er betonte besonders den Einfluß der christlichen Gewerkschaften auf die öffentliche Meinung und die Parlamente, da die christlichen Gewerkschaftler sich als Männer erwiesen, die das Herz auf den rechten Fleck hätten. Im Schlußwort ging Kollege Kettenhofen dann noch auf den Streik im Ruhrrevier ein und zeigte, wie hier die sozialdemokratischen Führer der Revolutionspartei zuliebe die wahren Interessen der Vergleute frivolo mit Fäusten getreten hätten. Er schloß mit einem kräftigen Appell an die Unorganisierten, sich nun endlich aufzuraffen und dem christlichen Metallarbeiterverband beizutreten. An unseren Kollegen ist es nun, durch tatkräftige Werksarbeit dafür zu sorgen, daß diese Versammlung reiche Früchte trägt für die Stärkung unserer Ortsgruppe.

Stagen a. S. (Sozialdemokratische Freiheit.) Am Sonntag den 24. März fand in dem schweizerischen Nachbarnort A. m. f. eine vom christlichen Metallarbeiterverband einberufene größere Arbeiterversammlung statt. Die christlichen Gewerks-

schäftscollegen von Singen waren sehr gut vertreten, die Arbeiter von Ranssen — die in den Maggi- und Fittingwerken in Singen beschäftigt sind — dagegen nur in einer geringen Anzahl erschienen. Zu dieser Versammlung hatten sich auch über 20 sozialdemokratisch organisierte von Singen in der Versammlungsfabrik eingefunden, trotzdem dieselben wußten, daß es sich um keine öffentliche Versammlung handelte. Sie verfolgten augenscheinlich nur den Zweck, die Versammlung zu hören und zu sprengen.

Das Benehmen dieser Herren war so anmaßend und frech, daß es der vollen Energie von Seiten des Gastgebers bedurfte, um die ungeladenen Gäste zu entfernen. Das ungebührliche Auftreten der Sozialdemokraten hat ein gut Teil dazu beigetragen, die in der Versammlung anwesenden unorganisierten Arbeiter ohne große Anstrengung für den christlichen Metallarbeiterverband zu gewinnen und zwar sämtliche, die anwesend waren. Kollege Arbeiterssekretär Witz-Singen sprach dann noch in längeren Ausführungen über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation auf christlicher Grundlage und bewies auf Grund der Vorgänge im Ruhrrevier, auf die er näher einging, die unbedingte Notwendigkeit einer starken christlichen Arbeiterbewegung schon aus nationalen und volkswirtschaftlichen Gründen. An der darauf folgenden Diskussion beteiligten sich die Kollegen Ehinger und Schaubinger sowie einer der neuangeworbenen Kollegen.

Noch einige interessante Momente seien auch an dieser Stelle hervorgehoben: Einige der Herren Sozialdemokraten meinten, es bedeute für sie schon das einen Erfolg, daß es ihnen gelungen sei, in einer christlichen Gewerkschaftsversammlung die Versammlung eröffnet und zuerst das Wort ergriffen zu haben. — Es stimmt aber auch tatsächlich. Die Sozialdemokraten waren so ungezogen und frech, ohne weiteres eine Versammlung zu eröffnen, in der sie gar nichts zu suchen hatten. Auf dem Bahnhof in Ranssen tempelten die Herren uns wieder an und beschimpften ohne Grund den Vertrauensmann der christlichen Arbeiter, den Kollegen Schropp, mit beleidigenden, unflätigen und ganz gemeinen Ausdrücken. Mit diesen Feststellungen können wir für heute die sozialdemokratischen Freiheitsheuchler laufen lassen. Wer noch etwas auf Anstand und Reinlichkeit hält, der organisiert sich in den christlichen Gewerkschaften.

Ludwigsbafen. Unsere Ortsgruppe, ein Fels im roten Meere, hat sich auch in den Stürmen des verfloßenen Jahres wieder als lebensfähig erwiesen — aus eigener Kraft! Trotz der schweren Position waren wir nur auf uns selbst angewiesen. Wir wünschen nur, daß die „Kritiker“ aus der Ferne nun auch einmal die Hand mit uns Werk legen, dann wirds sicherlich noch besser vorwärts gehen — tun wir doch alles, was in unserer Kraft steht, die Sache unseres Verbandes hochzuhalten. Trotzdem war die Mitgliederfluktuation hier eine große. Anfang 1911 zählten wir 53 Mitglieder, neu aufgenommen wurden 20, ausgetreten sind 13, beim Militär eingetreten 5 u. abgereist 2 Kollegen; es verbleibt uns also ein Mitgliederbestand von 53. Die 13 Ausgetretenen wurden in die „gelbe“ Bewegung gepreßt. Die Genossen hatten ohne Zustimmung ihrer Führer auf der Badischen Anilin- und Sodafabrik einen Streik vom Baune gebrochen. Der Erfolg war ein Fiasko für die Genossen und ein hüßiger Triumph für die Direktion, die nun in ihrem Übermut einen Druck auf die Arbeiterschaft ausübte, dem gelben Werkverein beizutreten.

Das innere Leben unserer Ortsgruppe äußerte sich in 12 Mitgliederversammlungen und 4 Vorstands- und Vertrauensmännerführungen. Die in den Versammlungen behandelten Thematias waren ausschließlich gewerkschaftlicher Art. In Gemeinschaft mit dem Ortskartell hielten wir zur Propagierung unserer Ideen auch mehrere öffentliche Versammlungen ab. Auch an der Gewerbeberichtsmaßnahme beteiligten wir uns mit gutem Erfolge. Wir errangen 2 Preisler und 1 Ersatzmann. Auch hinsichtlich unserer Beitragsleistung und Massenverhältnisse hatten wir im Jahre 1911 einen Fortschritt gegen früher zu verzeichnen. Nach Abzug der Ausgaben am Orte konnten 1175,46 Mark an die Zentrale gefandt werden.

In den Ortsvorstand wurden folgende Kollegen berufen: Christian Schmitt als 1. u. Philip Jung als 2. Vorsitzender, Adolf Stieh als Kassierer u. August Ehlinger als Schriftführer. Preisler und Reservisten sind die Kollegen Otto Braun und Karl Schmitt; Ortskartellbelegierte die Kollegen Stein, Ullmayer und Jung; Delegierter für die Bezirkskonferenz ist Kollege Albert. Alle Kollegen sind gewillt, das Jahr 1912 zu einem wahrhaft fruchtbaren Arbeitsjahr für unsere Sache zu machen aus Liebe zu unserer Organisation und zum Besten für unsere Mitglieder.

Saarrevier. (Zechenhandwerker.) Ein schöner Erfolg der Arbeit der christlichen Gewerkschaften an der Saar ist die Einführung einer Familienrentenkasse auf den fiskalischen Saargruben. Mit dem 1. April übernimmt die Königl. Bergwerksdirektion zu Saarbrücken die Fürsorge für die ärztliche Behandlung der Familienangehörigen ihrer sämtlichen Arbeiter. Für Sprechstundenbehandlung braucht nichts, für jeden Besuch des Arztes in der Wohnung des Kranken nur 25 Pfg. gezahlt zu werden. Dann müssen noch besondere Entfernungsätze gezahlt werden in solchen Fällen, wo die Wohnung des Kranken weit von dem Wohnsitz des Arztes entfernt ist. Auch sind besondere Sätze bei Nachbesuchen zu zahlen. Trotzdem in einzelnen Fällen für ärztliche Behandlung kleinere Zahlungen zu leisten sind, ist die Einführung dieser Familienrentenkasse ein gewaltiger Vorteil für alle Arbeiter der Königl. Saargruben, da die Arbeiter keinen Pfennig Beitrag zu dieser Kasse zu zahlen haben.

Die Einführung dieser Rentenmaßnahme ist den christlichen Gewerkschaften zu verdanken. Bis dahin wurden jährlich 150 000 Mark teils der Saargrubenverwaltung für die Abhaltung der sogenannten Bergzüge ausbezahlt. Unter den christlich organisierten Arbeitern tauchte 1910 der Wunsch auf, das Bergmannsrenten abzugeben und das dazu verwandte Geld für eine Familienrentenkasse zu verwenden. In den Petitionen des Metallarbeiterverbandes und des christlichen Gewerkschaftsverbandes an den Minister für Handel und Gewerbe und das preussische Abgeordnetenhaus im Januar 1911 wurde diesem Wunsch Ausdruck gegeben. Der Herr Minister versprach dem auch, eine solche Kasse einzuführen unter der Voraussetzung, daß das Bergzucht solle. Diese Familienrentenkasse wird vorerst eine Gesamtanlage von 210 000 Mark jährlich veranschlagt.

Wie uns mitgeteilt wird, sollen auch Lohnrückstellungen für die Arbeiter in Aussicht stehen. Auch sind Anzeichen dafür vorhanden, daß in nächster Zeit einige der sonstigen Wünsche der Handwerker, Maschinenisten und Heizer, welche in den Eingaben des christlichen Metallarbeiterverbandes niedergelegt sind, erfüllt werden. So wurde in einer Arbeiterauschussung am

der Inspektion Ranshausen auf eine Anfrage hin durch den Herrn Vorsitzenden erklärt, daß demnächst der Höchstlohn schon mit 32 Jahren erreicht werden sollte, ferner sollen die Löhne der Arbeiter im Alter von 24—26 Jahren erhöht werden mit Rücksicht darauf, daß sie in diesen Jahren einen eigenen Hausstand gründen. Die allgemeinen Lohnerhöhungen sollen nach der Kohlenpreiserhöhung eintreten. — Mit Recht sagte ein Ausschussmitglied (Grubenhandwerker) in einer am 31. März in Duischied stattgefundenen Zechen-Metallarbeiterversammlung: „Wie und in welcher Form die Löhne demnächst nach den Ankündigungen in den Arbeiterauschussungen steigen werden, liegt nur an unserer Jugendbrigkeit zur Organisation, dem christlichen Metallarbeiterverband. Treten wir zahlreich diesem Verbands bei, betätigen wir uns intensiv in demselben und erheben wir immer und immer wieder unsere Wünsche, dann werden wir auch Erfolg haben.“ Der Kollege hat recht; Zechenmetallarbeiter an der Saar handelt danach.

Danzig. Eine große christliche Gewerkschaftsversammlung einberufen vom Kartell der christlichen Gewerkschaften Danzigs, tagte am 29. März im St. Josephshaus. Es galt, den „Vertrag der sozialdemokratischen Führer beim Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet“ zu beleuchten und im Anschluß daran, die Stellung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zur deutschen Volkswirtschaft darzulegen. Weit über 350 Personen hatten den Saal und die Galerie besetzt. Auch eine Anzahl Genossen waren erschienen. Daß die Thematias auch außerhalb der Arbeiterbewegung Interesse fanden, erlah man daraus, daß eine Anzahl Personen sich eingefunden hatten, die nicht dem Arbeiterstande angehörten. Nachdem Kollege Deuster (Maurer) in der Eröffnungssprache kurz die Gründe angeführt hatte, die eine Behandlung der angeordneten Fragen in einer größeren Versammlung notwendig machten, sprach Kollege Schopohl (Polzarbeiter) über das erstgenannte Thema. Er wies darauf hin, daß schon im Jahre 1889 der alte Bergarbeiterverband versucht habe, aus dem damaligen Streik politisches Kapital zu schlagen, und die Bergarbeiter in das rote Schlepptau zu nehmen. Die Antwort der nichtsozialdemokratischen Bergarbeiter war die Gründung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, der sich jeder gegen den Mißbrauch der Gewerkschaftsbewegung zu politischen Zwecken gewehrt hat. Das war auch diesmal mit ein Grund, weshalb sich der christliche Bergarbeiterverband gegen den Streik erklärt hat, obwohl er nie einen Zweifel darüber hat aufkommen lassen, daß die Forderungen der Bergarbeiter berechtigt waren. Der Zechenverband hatte ja auch auf das Vorgehen des christlichen Gewerkschaftsvereins hin bereits eine weitere Lohnerhöhung in Aussicht gestellt. Dennoch wurde dann unter Kontraktbruch die Arbeit niedergelegt und leichtfertigerweise von der sozialdemokratischen, der Hirsch-Dunderbergschen und der polnischen Organisation der ausschließliche Streik begonnen, der die daran beteiligten Bergarbeiter schwer geschädigt, viele von der Sozialdemokratie zum Terror verkehrte Männer und Frauen ins Gefängnis gebracht und sogar Menschenleben gekostet hat. Während die christlichen Führer ihre Pflicht taten und vom Streik zurückhielten, haben die sozialdemokratischen Führer die Massen verhetzt und zu einem Streik getrieben, der verloren gehen mußte.

Darauf sprach Kollege Gailowski (Metallarbeiter) über die Stellung der christlichen Gewerkschaften zur deutschen Volkswirtschaft. Auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkte betrachtet, ist dieser streikvolle Streik zu verurteilen. 1905 habe England weite deutsche Absatzgebiete für seine Wolltüle an sich gerissen. Die Folge waren eine Verminderung der deutschen Produktion, Preisrückfälle und Lohnausfall für die deutschen Bergarbeiter. Der englische Bergarbeiterstreik bot Gelegenheit, diese Absatzgebiete für Deutschland zurückzuerobieren. Aber was liegt der Sozialdemokratie daran, wenn sie für ihre Utopistereien Nutzen aus einer Bewegung ziehen kann. Der Referent behandelte an Hand der Statistik die wichtige Stellung Deutschlands in der Weltwirtschaft, beleuchtete den gewaltigen Aufschwieg der Ein- und Ausfuhr, die Belastung der deutschen Industrie, die steigende Bevölkerungsziffer, das Wachsen des Nationalvermögens und die Steigerung des Volkswohlsstandes. Durch eine kluge Wirtschaftspolitik, durch Schutz der nationalen Arbeit, durch Zusammenwirken von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, von Stadt und Land, ist der Aufschwieg herbeigeführt. Die christlichen Gewerkschaften haben von Anfang an betont, daß nicht Klassenkampf, sondern ein ehrlicher Frieden, nicht Verhetzung, sondern das Einandernäherbringen, das Volkswohl begründet und erhält. In diesem Sinne werden die christlichen Gewerkschaften auch in Zukunft wirken.

Als in der Diskussion ein Genosse, Krüger mit Namen, einen heillosen Blödsinn verzapfte, waren die Sachverständigen der Besuche fortwährend in Bewegung; der Versammlungsleiter mußte mehrmals um Ruhe bitten, damit diese humoristischen Geistesblitze nicht ungehindert verhallten. Die Genossen hatten da jedenfalls ihren „würdigsten“ Vertreter ins Vordertreffen geschickt.

Arbeitersekretär Kollege Schümmer erinnerte an Nebels kürzliches Urteil über einen Genossen und geißelte dann die Gewissenlosigkeit sozialdemokratischer Führer, die sich beim Bergarbeiterstreik gezeigt habe. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die im Hotel St. Josephshaus in Danzig tagende, von über 350 Personen besuchte Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Arbeiter und Vaterland schädigenden Treiben der sozialdemokratischen Bergarbeiterführer. Die Versammlung billigt einstimmig die Haltung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter und spricht ihm ihre vollste Sympathie aus.“

Die Versammelten halten das weitere Erstarren der christlichen Gewerkschaften für eine im Interesse der gesamten Arbeiterschaft sowie des gesamten Volkswohls liegende unbedingte Notwendigkeit. Sie verpflichten sich, in ihren Kreisen mit aller Energie an der Erhaltung der Bewegung zu arbeiten. Sie fordern die gesamte Arbeiterschaft auf, widerständig sich der christlichen Gewerkschaftsbewegung anzuschließen.“

Anker dieser wurden noch in folgenden Orten von Ost- und Westpreußen Versammlungen mit gleicher Tagesordnung abgehalten: Elbing, Bromberg, Graudenz, Marienburg, Dirschau, Schiedlich, Langfuhr, Odra, Poppo, Renzschwasser, Oliva und Lawental. — Überall haben wir dieselbe Haltung der Versammelten. Nur in Bromberg und Graudenz versuchten die Genossen durch Gewalt die Referenten an ihren Ausführungen zu hindern. Da sonderbaren Freiheitschwärmern wird an anderer Stelle gezeigt werden, daß wir noch nicht im Zukunftskraute leben.

Kollege! Durch die Annahme obiger Resolution habt ihr erklärt, durch eifrige Arbeit für die Erhaltung der christlichen Gewerkschaften Sorge tragen zu wollen. Zeigt euch jetzt als Männer, die ihr Wort zu halten wissen. Durch einmütiges Zusammenwirken der Kollegen, durch eine systematisch betriebene

Hausagitation muß der letzte noch unorganisierte Kollege aufgesucht und für unseren christlichen Metallarbeiterverband gewonnen werden. Tue jeder seine Pflicht, dann wird die einstimmig angenommene Resolution auch in die Tat umgesetzt werden.

Literarisches.

Steuerreklamationen. Um den Arbeitern, Angestellten und Hauseigentümern zur wirksamen Verteidigung gegen zu hohe Besteuerung geeignetes Material an die Hand geben zu können, hat der Verlag der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ in M.-Glabbach in der „Arbeiterbibliothek“ eine Broschüre über das preussische Einkommensteuergesetz herausgegeben. Dieselbe enthält eine übersichtliche Darstellung des hauptsächlichsten Inhalts des Gesetzes unter besonderer Betonung des für den Arbeiterstand wesentlichsten. Speziell ist das Wesen des Lohn Einkommens und der Nebenbezüge klargestellt und dargelegt, was alles von dem Rohlohn abgezogen werden kann — es sei nur hingewiesen auf die Abzüge bei auswärtiger Arbeit, für Kleiderverschleiß, bei Ueberstunden, Mitarbeit der Frau und dergleichen. Auch das Einkommen und der zulässige Abzug bei Hausbesitz ist gebührend berücksichtigt. Um dem Steuerzahler die Anfertigung einwandfreier Einsprüche, Verzugsungen und sonstiger Eingaben in Steuerfachen zu ermöglichen, ist dem Büchlein eine Formularsammlung beigelegt. Die Anschaffung des Büchleins (Preis postfrei 35 Pfg.) ist sehr zu empfehlen.

Berichtigung.

In dem Artikel: „Unsere Abrechnung für das Jahr 1911“ muß es in der dritten Tabelle bei dem Posten Streikunterstützung für das Jahr 1911 heißen 285 943,08 M. statt 285 818,78 M. Wir bitten diese Richtigstellung zu beachten.

Briefkasten

Kollege R., Bromberg. Ein Bericht über die gleiche Angelegenheit stand bei Ankunft des Deinen schon im Saß. Besten Dank für Deine Bemühungen. — Kollege S., Flensburg. Dein Bericht kann erst in nächster Nummer veröffentlicht werden. — Kollege W., Linflage. Wir haben Deine Zuschrift einstweilen unserer Materialsammlung einverleibt, um sie bei passender Gelegenheit zu verwenden. Besten Dank!

Versammlungskalender.

- Kollegen und Kolleginnen!
Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
Freitag, den 12. April.
 Offen (Klempner des Klempnerwerkes). Abends 8.30 Uhr im Alfredshaus, Frohnhauserstr. 19.
Samstag, den 13. April.
 Altenvörde. Abends 8.30 Uhr bei G. Decker, am Brühl.
 Ansbürg. Abends 8.30 Uhr in der St. Michaelskirche, Markt.
 Berlin-Norden. Abends 8.30 Uhr bei Thilo, Gutfreustraße 4-5.
 Dortmund-Westmar. Abends 6.30 Uhr bei Hühner.
 Düsseldorf-Verderf. Abends 9 Uhr bei Quering.
 Effen (Hut- und Wagenfchmiede). Abends 8.30 Uhr bei Wosen, AlfredstraÙe.
 Karlsruhe. Abends 8.30 Uhr im Palmgarten.
 Köln-Grenfeld. Abends 9 Uhr bei Kowald, Reppertstr.
 Köln-Lindenthal. Abends 9 Uhr bei Godelew, WeymannstraÙe.
 Köln-Dickheim. Abends 9 Uhr bei Schmitz, Frankfurterstr.
 Paderborn. Abends 8.30 Uhr bei G. Demer. Wichtige Tagesordnung.
 München. Jeden 2. Samstag im Monat abends 8 Uhr im Lokale „ReppoldstraÙe“, Gensfeldstr. 11.
 Reheim, 6. Bezirk. Abends 8.30 Uhr bei Hellwig, Apothekerstr.
 Solde, 1. Bz. Abends 8.30 Uhr bei Sommer.
 Solingen-Haar. Abends 8.30 Uhr bei Rahmstuel.
 Stuttgart-Buffenhäuser. Abends 8.30 Uhr in der Traube.
 Tübingen. Jeden 2. Samstag im Monat.
Sonntag, den 14. April.
 Dortmund-Werne. Nachm. 5 Uhr bei Tellenborn.
 Düsseldorf-Eber. Vorm. 11 Uhr bei Gaaßel, Gumbertstr.
 Düsseldorf-Secrdt. Vorm. 11 Uhr bei Bösen, Krefelderstr. 31.
 Düsseldorf-Oberkassel. Vorm. 11 Uhr bei Boffen.
 Düsseldorf-Widerich. Vorm. 11 Uhr bei Delmes (Meer).
 Effen-Werden. Vorm. 11 Uhr bei Pattberg.
 Köln-Stalt. Morgens 11 Uhr bei Güttesberg, Dreuerstr. 14.
 Köln-Sittich. Morgens 11 Uhr bei Oßer.
 Köln-Meichenich. Morgens 11 Uhr bei Diebeler.
 Alsbach. Nachm. 3 Uhr Besprechungsitzung; 4.30 Uhr Versamml. bei Gellermann in Bigge, Ref. Kollege Hirschfelder.
 Schalksmühle. Nachm. 4 Uhr bei Weeber. Wichtiger Vortrag.
 Siegburg. Morgens 10.30 Uhr im Lokale Minoriten, Krouppluzenstr.
 Stronborg. Nachm. 2.30 Uhr in der Versammlung.
 Wallau. Nachm. 4 Uhr öffentl. Metallarbeiterversamml. bei Ehr. Schweizer in Niederlaßb.
 Wallau. Abends 8 Uhr öffentl. Metallarbeitervers. bei S. Gentel 14. Zu beiden Bes. erscheint ausm. Diebaeria.
Mittwoch, den 17. April.
 Reheim, 1. Bezirk. Abends 8.30 Uhr im Gesellenhause.
Freitag, den 19. April.
 Düsseldorf-Benrath. Abends 9 Uhr bei Wegener, Mittelstr.
 Hirschheim-Birkenfeld. Abends 8 Uhr im Adler.
Samstag, den 20. April.
 Berlin. Abends 8.30 Uhr in der Schulg. Festhalle, Am Königsgraben 14a, allgemeine Mitgliederversammlung.
 Durlach. Abends 8.30 Uhr Versammlung im Bahnhof.
 Düsseldorf-Wilf-Friedrichstadt. Abends 9 Uhr bei Mengwasser.
 Gienach. Abends 8.30 Uhr im Weimarschen Hof.
 Freiburg i. Br. Abends 8.30 Uhr im Ganterschäfer, Schiffstr. 7.
 Köln-Gumboldt-Kolonie. Abends 9 Uhr bei Guth, Waidstraße.
 Köln-Deug. Abends 9 Uhr „zur Kroue“, Freiheitstraße.
 Müßpe. Abends 8.30 Uhr bei Ed. Rosenbach, Wörderstr.
 München (Eperglers). Abends 8 Uhr mit Vortrag in der „ReppoldstraÙe“.
 Reheim, 3. Bezirk. Abends 8.30 Uhr bei Latritz, Hauptstr.
 Worheim-Stadt. Abends 8 Uhr mit Vortrag des Kollegen Kuhn.
 Radolfaell. Abends im Gasthof zum Kreuz mit Vortrag und Quartalsabrechnung.
 Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im „Römischen Röntg“.
 Stuttgart-Kannstatt. Abends 8.30 Uhr im evgl. Arbeitervereinslokal.
Sonntag, den 21. April.
 Düsseldorf-Vertwaltungsstelle. Vorm. 11 Uhr im Paulushaus Versammlung für alle Mitglieder der Verwaltungsstelle. Alle für diesen Sonntag vorgelegene Versammlungen werden für den nächsten Sonntag ausgeschrieben.
 Gebelsherg. Nachm. 5 Uhr bei Schilken (zum Postwagen).
 Jugolshadt. Vorm. 10 Uhr im lathol. Vereinshaus. Wichtige Tagesordnung.
 Köln-Voll. Morgens 11 Uhr bei Fassender, Hauptstr. 23.
 Reheim-Ortsverwaltung. Nachm. 2 Uhr Quartals-Generalvers. im Gesellenhause. Anstellung der Delegierten zur Generalvers. in Dortmund.
 Reheim-Bremen. Nachm. 3 Uhr bei Osterbede.
 Reheim-Södingen. Nachm. 5.30 Uhr bei Böde.
 Troisdorf. Morgens 10.30 Uhr bei Goseberg, zum bechtischen Keller.
Adressen.
 Reheim-Ortsverwaltung. Das Büro befindet sich jetzt Schulplatz 4, Telephon Nr. 282.
 Ansbürg. Unser Ortskassierer Kollege Reie wohnt jetzt Pilsenerhausstraße 5 389 U. Unterstüßungen werden ausgegahit mittags von 12—1 Uhr und abends von 6—8 Uhr.